

# **DKP-Informationen**

**Nr. 6/2016 - 28. November 2016**

## **6.Tagung des Parteivorstandes 19./20. November 2016**

**Essen**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# 6. Tagung des Parteivorstands der DKP

19./20. November 2016, Essen

---

## Inhalt

- 1.) Referate
- 2.) Beschlüsse
- 3.) Weitere Materialien

## Tagesordnung

- 1.) Eröffnung und Beschlusskontrolle
- 2.) Referat und Diskussion Marxistische Theorie und Bildung und aktuelle Entwicklungen  
Referent: Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
- 3.) Bundestagswahlen 2017
- 4.) Parteientwicklung
- 5.) Auswertung des jugendpolitischen Ratschlags
- 6.) Weitere Beschlussfassungen
- 7.) Schlusswort

# 6. Tagung des Parteivorstands der DKP

19./20. November 2016, Essen

---

(Unkorrigiertes Manuskript.  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Die wachsende Systemkrise und die Festigung der marxistisch-leninistischen Bildung der DKP

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich das Hauptthema des Referats, den Stand und die Entwicklung unserer marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit, behandle, muss ich auf einige wichtige aktuelle politische Fragen eingehen. Gleichwohl werde ich über viele Themen nicht sprechen, obwohl es dringend nötig wäre. Ich konzentriere mich zuerst auf Fragen der aktuellen Strategiedebatte – dabei vor allem die Frage unseres Umgangs mit der bedrohlichen Rechtsentwicklung. Der „rote Faden“ ist die Frage, wie sich in diesen Fragen die widersprüchliche Bewusstseinsentwicklung der werktätigen Bevölkerung widerspiegelt und was dies für unsere ideologische Arbeit bedeutet.

### Einige Bemerkungen zur angelaufenen Strategiedebatte

Auf [news.dkp.de](http://news.dkp.de) lässt sich seit einigen Monaten nachverfolgen, wie dringend und richtig es ist, dass wir den nächsten Parteitag mit dem Schwerpunkt zur Strategie der DKP durchführen wollen. Eine grundsätzliche Bemerkung scheint mir unverzichtbar: Wir würden in einer politischen Sackgasse landen, wenn wir die antimonopolistische Strategie und die Suche nach den besten Möglichkeiten und Formen für einen Bruch mit dem System des Monopolkapitals so verstünden, als handele es sich dabei um ein festes Schema, das womöglich objektiv dazu führen muss, dass wir dabei in einen Gegensatz mit dem sozialistischen Ziel geraten.

Wir sprechen im Gegenteil in all unseren wichtigen programmatischen Dokumenten immer davon, dass wir die Etappe des Kampfes um einen tiefgreifenden Prozess der Schwächung der Hauptkräfte des Imperialismus, das Monopolkapital, als Bestandteil eines einheitlichen revolutionären Prozess ansehen.

Zwischen der Bekämpfung der Macht der Monopole und dem Bruch mit dem Gesamtsystem des Kapitalismus gibt es keine „chinesische Mauer“. Für „Übergangsforderungen“ zu kämpfen ist originär leninistisch – ich erinnere an seine Direktive

für die Delegation der KPR auf dem IV. Komintern-Kongress, in der er die damals ebenfalls umstrittene Konzeption der Ausarbeitung von „Übergangsforderungen“ sogar gegenüber Teilen der eigenen Delegationsführung als völlig richtig und notwendig verteidigen musste. Das hatte und hat mit der Suche nach einem sozialdemokratisch gefärbten „3. Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus nichts zu tun.

Differenzen sind auch bei der Frage nach den „Grundlagen“ unserer antifaschistischen Strategie aufgetreten. Heute erleben wir schmerzlich die Folgen, davon dass die Generation der alten Widerstandskämpfer und auch ein Großteil der unmittelbar von ihnen politisch „Erzogenen“ verstorben ist. Führende Mitglieder von KPD und DKP vermittelten die Lehren des antifaschistischen Widerstands vor allem durch verantwortungsvolle Funktionen im Rahmen der wichtigsten und größten antifaschistischen Organisation, der VVN-BdA, weiter. Dafür standen die Namen Kurt Bachmann, Kurt Erlebach, Emil Carlebach, Ety und Peter Gingold, Grete, Heinz und Gerd Humbach, Alfred Hauser; Hilde Wagner und viele andere.

Wir können die Lücken, die der Tod dieser Generation gerissen hat, nur dann halbwegs wieder füllen, wenn wir uns kollektiv die Erfahrungen und Lehren unserer Antifaschisten aneignen und weitertragen. Wir würden uns jedoch in eine politische Sackgasse begeben, wenn wir in unserer antifaschistischen Arbeit eine verengte „Klassenorientierung“ als vorrangigen Maßstab im Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus ansähen.

Der Faschismus ist ein Feind auch der bürgerlichen Demokratie und der allgemeinen Menschenrechte; das macht seinen besonderen diktatorischen, reaktionären und menschenfeindlichen Charakter aus. Das unterscheidet ihn von anderen reaktionären Herrschaftsvarianten der Bourgeoisie. Natürlich diente und dient er historisch auch der Zerschlagung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Aber der Fa-

schismus will gleichzeitig mit allem und allen einen „kurzen Prozess“ machen, die seine Herrschaft, den unverhüllten Terror der reaktionärsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals, auch aus einem nichtsozialistischen Demokratieverständnis kritisieren und ablehnen.

Andererseits wissen wir, dass die notwendige gesellschaftliche Breite des antifaschistischen Kampfes nicht in Beliebigkeit enden darf und dass die Orientierung auf die antifaschistische Einheit der Arbeiterklasse und die Stärkung des Einflusses der Kommunisten nicht im Gegensatz zu dieser Orientierung steht. Im Gegenteil: je stärker der gesellschaftliche Einfluss der Kommunistinnen und Kommunisten ist, desto besser ist dies auch für die antifaschistischen Bündnisse. Wer zwischen Antifaschismus und Antikapitalismus einen theoretischen oder auch nur praktischen Gegensatz konstruiert, der erkennt nicht die wahren Quellen der faschistischen Gefahr. Beides gehört zusammen.

Es ist außerordentlich bedauerlich, dass es im Moment nicht gelingt, darüber einen Grundkonsens in unserer zentralen Antifa-Kommission zu finden und dass ihr Leiter Genosse J. Lloyd von dieser Funktion zurückgetreten ist. Ich konzentriere mich nun in diesem Zusammenhang auf wenige Anmerkungen zur AfD und zu Pegida.

Einige Einschätzungen zur Entwicklung der AfD und zu Pegida

Wir müssen davon ausgehen, dass bei den Bundestagswahlen 2017 die AfD in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen wird. Nicht nur für die Wahlkampfstrategie der DKP, sondern für eine antifaschistische Gegenstrategie ist es wichtig, den Aufstieg dieser reaktionären Partei in die objektiven Veränderungen in den Lebensverhältnissen und Kräfteverhältnissen des Klassenkampfes einzuordnen. Folgende Aspekte erscheinen uns dabei von Bedeutung:

- Wahlaufschlüsselungen nach Berufen weisen darauf hin, dass die AfD insbesondere unter Erwerbslosen und Arbeitern sowie in strukturschwachen Regionen (z.B. Vorpommern) eine überdurchschnittliche Anziehungskraft hat.
- Der AfD gelingt es bei den Wahlen zum einen, vor allem Nichtwähler zu mobilisieren; zum anderen – und speziell bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – gelingt es der AfD – überproportional gemessen an der Größe der Partei – ca. 114.000 Wähler von der Partei DIE LINKE für sich zu gewinnen. Das bestätigt sich selbst in den Hochburgen der LINKEN in Ost-Berlin. Die AfD ist – was besonders alarmierend für uns ist – in der Arbeiterklasse „angekommen“. Das gilt

auch für den gewerkschaftlich organisierten Teil der Arbeiterklasse.

Die Ursachen sind dafür – ähnlich wie bei den US-Wahlen – nicht vorrangig in der Bewusstseinslage der Arbeiterklasse zu suchen. Diese ist ja nur ein Reflex auf die objektive Veränderung der Lebens- und Existenzbedingungen der Klasse. Dabei nutzt die deutsche Monopolbourgeoisie die von sich selbst mitgeschaffene Flüchtlingskrise skrupellos aus. So formulierte bspw. der kürzlich in Pension gegangene Präsident des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, gegenüber der ZEIT: „Wir sollten den Flüchtlingsstrom zum Anlass für eine neue Agenda 2010 nehmen.“ Das geschieht bereits mit dem sog. Integrationsgesetz, das seit dem 31. Juli in Kraft getreten ist. Geflüchtete sind im Rahmen der Überprüfung ihres Asylantrags zu sog. Pflichtarbeiten gezwungen. Vorgesehen ist dafür die Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsgelegenheiten. Diese Arbeitsgelegenheiten werden mit 80 Cent (!) pro Stunde vergütet. Sie sind somit faktisch ein mit Steuergeldern finanzierter staatlich organisierter Niedrigstlohnbereich, der selbst noch die 1-Euro-Jobs für ALG-II-Empfänger unterbietet.

Eine ablehnende Haltung unter den einheimischen Werktätigen (wozu auch Migranten, die schon längere Zeit hier leben, zählen) gegenüber Geflüchteten ist Teil einer durchaus realen Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der Reproduktionssphäre (z.B. auf dem Wohnungsmarkt in Metropolen). Die Konkurrenz innerhalb der Klasse ist aber eine schon im kommunistischen Manifest untersuchte Erscheinung, die völlig unabhängig von der zusätzlichen Konkurrenz durch neu hinzugekommene Flüchtlinge im Kapitalismus als Instrument der Spaltung und Schwächung der Klassensolidarität eingesetzt wird.

- Müssen Kommunisten dann die „Einheimischen“ vor dieser Konkurrenz „in Schutz“ nehmen und den „Zustrom von außen“ drosseln helfen, um nicht den politischen Anschluss an die einheimischen deutschen Kolleginnen und Kollegen zu verlieren? Diese Frage haben wir mit unserem „Sofortprogramm“ eindeutig mit „Nein“ beantwortet. Wir besitzen damit einen nicht nur eindeutigen Standpunkt, sondern begründen den auch sehr überzeugend mit diesem hervorragenden Material.

Der Soziologe Prof. Klaus Dörre aus Jena hat in sechs Thesen dargelegt, dass dem der folgende Mechanismus zu Grunde liegt: „Je weniger aussichtsreich es Lohnabhängigen erscheint, ungleiche Verteilungsverhältnisse mit demokratischen Mitteln zu ihren Gunsten zu gestalten, desto empfänglicher werden sie für Botschaften, die

den Verteilungskonflikt zum einen zwischen migrantischen ‚Invasoren‘ und ‚deutschem Volk‘ umdeuten. Gegen solche Vereinnahmungen gilt es, die Idee des demokratischen Klassenkampfes neu zu beleben.“ Dörre sieht die Entstehung einer „national-sozialen Gefahr“ nicht nur in der Bundesrepublik und in Europa, sondern auch in den USA.

Die sechs Thesen von Dörre sind ein interessanter politischer Anstoß, über die Wirkmechanismen des aktuell vor allem die AfD stützenden Trends nachzudenken. Vor allem die These 2 und 4:

„2. Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen sind kein neues Phänomen. Orientierungen, die kognitive und emotionale Brückenschläge zum Rechtspopulismus beinhalten, gab es in Ost und West schon lange vor PEGIDA und der AfD. Grundsätzlich muss zwischen ‚konformistischen‘, ‚konservierenden‘ und ‚rebellischen‘ Orientierungen unterschieden werden.“ Die These 4 versucht eine Antwort auf die uns alle bewegende Frage zu geben, warum – wie ja jetzt auch in den USA deutlich wurde – Lohnabhängige und Teile der Arbeiterklasse sich entscheiden, gegen ihre eigenen objektiven Interessen zu handeln. Ist das ein Zeugnis von massenhafter politischer Idiotie und geistiger Verwirrtheit? Wir wissen um die Wirkmechanismen von sozialer Demagogie des deutschen und italienischen Faschismus; ich erinnere an das berühmte Referat von G. Dimitroff von 1935 oder auch an die Faschismusanalysen von C. Zetkin, die schon in den frühen 20er Jahren in diesem Zusammenhang vom Faschismus als „emotionaler Pest“ sprach.

Dörre bestätigt das im Prinzip, wenn er sagt: „Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten und von den Starken zu den Schwachen zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschließender Solidarität. Das macht sie für rechtspopulistische Anrufungen empfänglich.“

Worin besteht nun aber die politische Alternative? Dazu schreibt Dörre: „Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewalttätige Radikalisierung ist eine Politik demokratischer Umverteilung.“ (Vergl. K. Dörre Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt. Sechs Thesen. In: K.-S. Rehberg, F. Kunz, T. Schlinzig (Hrsg.): PEGIDA. Rechtspopulisten zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld, 2016, S. 259-274)

Dörre unterlässt es jedoch leider, den Bogen von der „Verteilungsfrage“ zur „Eigentumsfrage“ zu

spannen und die Frage des radikalen „Bruchs“ mit den Ursachen ungerechter Verteilung, die in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen wurzelt, zu verbinden. Richtig an den Dörre-Thesen zum „demokratischen Klassenkampf“ ist jedoch die generelle politische Ausgangsposition, die wir als DKP auch schon seit langem vertreten: Es wäre falsch, pauschal größeren Teilen der Werktätigen selbstgefällig das Etikett „Nazis“ anzuheften. Damit überließen wir sie der AfD.

### **Warum wird die DKP nicht als Stimme der Opposition wahrgenommen?**

Selbstkritisch müssen wir uns fragen: Warum werden wir Kommunistinnen und Kommunisten nicht als Partei wahrgenommen, mit deren Wahl man zum Beispiel „denen da oben mal einen Denkkzettel verpassen kann“.

Die Gründe sind vielschichtig und natürlich spielen dabei das Totschweigen unserer Partei in den Medien oder der vorherrschende Antikommunismus eine gewichtige Rolle. Dabei besitzen wir Alternativen. Das DKP-Sofortprogramm ist sicherlich nicht die letzte Antwort der Partei auf diese Frage. Den Weg, den wir aber mit dem Sofortprogramm gehen, müssen wir konsequent weiterverfolgen. Dabei sollten wir uns jedoch im Klaren sein, dass seine Forderungen nur im Zusammenspiel mit einer realen Verankerung der Parteigrundgliederungen in den Abwehrkämpfen auf betrieblicher und kommunaler Ebene eine Wirkung entfalten können.

Meine „These“ ist, dass wir im Alltag der Werktätigen im Betrieb, Büro und im Wohngebiet zu wenig als Sprachrohr von Protest und sozialem Aufruhr zu sehen sind. Die Auswegslosigkeit als Gefühl vieler Werktätiger, von der Dörre spricht, wird von uns nicht ausreichend artikuliert. Dies können auch gutorganisierte Wahlkämpfe nicht ersetzen. Das ist ein mühsamer alltäglicher Kampf, der nicht von Wahlterminen abhängig ist.

Wir wollen deshalb auf dem LLL-Treffen in einer Diskussionsrunde im „Café K“ mit Aktivisten der letzten Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Hannover, aber auch in Reinheim dazu Erfahrungen vermitteln, die wir im Bundestagswahlkampf 2017 nutzen können.

### **Abschnitt II: Verdichtung der Krisenerscheinungen und die Auswirkungen auf das Klassenbewusstsein**

Ich will nun vor allem über die Verdichtung der wichtigsten Krisenprozesse und deren Konsequenzen für den ideologischen Zustand der Arbeiterklasse sprechen. Ich beginne dabei mit einer sehr kurzen Bewertung der US-Präsidentenwahl.

## US-Wahlen und das „Postfaktische“

In den ersten Reaktionen in der Wahlnacht der US-Präsidentenwahlen meinte der US-amerikanische Politikexperte Michael Merz vom Clinton-nahen „Center for American Progress“, dass die deutlichen Einbrüche in den „sozialdemokratischen Kernländern der US-Demokraten“ völlig unerklärlich seien. Die „guten“ Wirtschaftsdaten unter der Obama-Regierung seien nicht zur Kenntnis genommen worden. „Sie haben gegen alles gestimmt. Emotionen haben über die Fakten gesiegt.“

Das Wahlergebnis sei eine schlimme Bestätigung der generellen Theorie vom „postfaktischen Zeitalter“, in dem der „Populismus“ über die Fakten triumphiere.

Geht es wirklich vor allem um „Emotionen“ und unerklärliche „Massenstimmungen“? Das angeblich „Postfaktische“ bestand an diesem Wahlabend meines Erachtens zum großen Teil in dem Nichtwahrhabenwollen von Fakten bei den Wahlkommentatoren und nicht bei den Wählern. Denn wie lauten die Fakten?

Weder hat Trump die Massen der Wähler wirklich mobilisiert, noch hat er einen kompletten Durchbruch bei der multinational zusammengesetzten Arbeiterklasse der USA erzielt. Trump wurde noch nicht einmal von einem Viertel der Wahlberechtigten gewählt. Von den insgesamt 245 Millionen Wahlberechtigten hatten sich 128,8 Millionen in Wählerlisten eintragen lassen. Die Wahlbeteiligung lag aber schließlich bei nur 55,6 Prozent. Sie lag damit noch unter der schlechtesten Wahlbeteiligung vor 20 Jahren (58,4 Prozent im Jahre 1996 bei der Kandidatur B. Clinton gegen Dole).

Die Mehrheit der Trump-Wähler waren auch nicht die Arbeiter und die sozial Deklassierten, sondern durchaus gut Gebildete und in guten finanziellen Verhältnissen lebende Wähler des Mittelstandes und der Bourgeoisie.

Ein Gutteil der Gründe für die Niederlage von H. Clinton war, dass sie und der Wahlapparat der Demokraten in nachträglich kaum zu fassender Arroganz und Überheblichkeit ihre traditionelle Kernwählerschaft unter den Arbeitern über Jahre systematisch missachtet hat und die nach europäischen Maßstäben sozialdemokratisch orientierte Bernie Sanders-Anhängerschaft nach dessen Rückzug in die zweite Reihe hatte „links“ liegen lassen. Zudem verkörpert Clinton die besonders aggressive Variante der US-Außenpolitik, von der sich selbst ein Reaktionär wie Trump zumindest andeutungsweise rhetorisch sogar etwas abheben konnte.

## Aktuelle ökonomische Krisensignale und ungewisse Zukunftsperspektiven

Angst und andere Emotionen sind nicht „irrational“ und nicht „postfaktisch“, sondern werden durch überaus harte „Fakten“ ausgelöst werden. Gerade, wenn es sich um politische Massenphänomene handelt, wie den Trump-Sieg, den Vormarsch des „Front National“ oder eben auch der AfD, müssen wir nach den dahinter liegenden Ursachen fragen, die durch die Gesamtheit der Lebens-, Arbeits- und vor allem der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ausgelöst werden.

Dabei gelingt es den wahren „Herrschern des Imperiums“, den Eigentümern der entscheidenden Industrie- und Finanzkonzerne, durch die geballte Macht der von ihnen kontrollierten Massenmedien, hinter einem Schleier bewusster Desinformationen nahezu unsichtbar zu bleiben. Dass so viele Trump-Wähler oder auch Anhänger der AfD und des Front National für sie und nicht mehr eine der „etablierten“ Kräfte votieren, zeigt das Ausmaß ihrer Hoffnungslosigkeit und Verunsicherung. Es ist jedoch weniger eine Frage des überzeugenden persönlichen Stils einzelner Politik-Matadore, sondern verweist auf die als „dramatisch“ erlebten Verwerfungen in den Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, vor allem der Arbeiterklasse der sog. „alten Industrie“, aber auch im Dienstleistungssektor. Betroffen sind aber auch Teile der lohnabhängigen oder der selbstständigen Mittelschichten und auch der Kleinbourgeoisie.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Zentren des Imperialismus bleibt unübersichtlich und ist voller Risiken. Von einer enormen Verschärfung der Anfälligkeit des gesamten europäischen Bankenwesens, für die die Krise der „Deutschen Bank“ nur ein einzelner exemplarischer Fall ist, wird in immer neuen Varianten geredet und geschrieben. „Jeder dritten europäischen Bank droht der Untergang.“ So hieß die Hauptschlagzeile der „WELT“ am 6.10.16.

Und mit der Anfang Dezember bevorstehenden Volksabstimmung über eine Verfassungsreform in Italien scheint sich nach dem „Brexit“ der „nächste Europa-Schock“ aufzutun. (DIE WELT vom 16.11., S. 15) Dann wäre die von den großkapitalistischen Finanz-, Wirtschafts- und Presseoligarchen geschürte Massenhysterie sicherlich grenzenlos.

## VW-Krise und der „Zukunftspakt“

Am größten europäischen Automobilkonzern Volkswagen hängen weltweit unmittelbar über 610.000 Arbeitsplätze – allein in der BRD sind es über 272.000. 15,5 Milliarden Dollar muss der

Konzern allein in den USA für seine Betrügereien in einem ersten ausgehandelten Vergleich zahlen. Wenn wahr wird, dass US-Rechtsanwälte das Instrument der Sammelklage demnächst auch in Europa einsetzen werden können, dann steht VW vor einer nicht mehr kalkulierbaren Größenordnung von Bußgeldern.

### **Wie reagieren die Belegschaften und Betriebsräte?**

Für uns als DKP ist es entscheidend, mit welcher Einstellung der hochorganisierte Kern des industriellen Proletariats der Krise in der Automobilindustrie entgegentritt. Das ist sicherlich nicht über einen Kamm zu scheren. Aber wenn der BR-Vorsitzende der VW-Tochter Mannesmann, der Kollege Saki Stimoniari, beklagt, dass die „Risiken für Hunderttausende Arbeitsplätze ... mindestens so hoch zu bewerten seien wie Verbraucherrechte“ (Süddeutsche Zeitung vom 20.10., S. 219), dann dient dies wahrlich nicht der von VW angekündigten schonungslosen Offenheitsoffensive und dem Kampf um die „Wiederherstellung des Vertrauens der Kunden“.

Aber wir sind ja keine „Illusionisten“ und „Revoluzzer“ und verwechseln nicht das irgendwann vielleicht Notwendige mit dem heute Notwendigen und Machbaren. Doch angesichts des Umfangs der Risiken für zigtausende von Arbeitsplätzen fragen wir: „Wo ist die Losung zu hören: ‚Weg mit den Betrügern, die unsere Arbeitsplätze riskieren?‘“ Wo blieb und bleibt der Aufruf der Gewerkschaften, der IGM, der Vertrauensleute und Betriebsräte zum Protest, zu Demonstrationen? Es reicht doch nicht, wenn die VW-Betriebsräte sich in erster Linie als Krisenmanager erweisen wollen und dies durch konstruktive Mitarbeit an einem „Zukunftspakt“ unter Beweis stellen.

### **Der „Zukunftspakt“**

Nun wurden gerade heute durch die Medien die wichtigsten Details dieses „Zukunftspaktes“ publiziert. Ich stehe nicht an, den Pakt im Detail besser beurteilen zu können als diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die ihn mit ausgehandelt haben. Ich sehe sehr wohl, dass es offenbar zunächst gelungen ist, alle Standorte zu sichern und dass betriebsbedingte Kündigungen bis 2025 ausgeschlossen sein sollen. Ich sehe auch, dass es nun offenbar deutliche Schritte in Richtung Umstieg zur umweltschonenderen E-Technik geben soll.

Aber ich sage nicht aus „Besserwisserei“: Es werden allein in Deutschland 23.000 Arbeitsplätze bei VW wegfallen. Dazu werden 7.000 Beschäftigte im Ausland und 5.700 nicht weiterbeschäftigte Leiharbeiter kommen. Ist das viel oder ist das wenig? Das allein wäre die falsche Frage. Als DKP-

Führung muss es uns unabhängig davon um die Logik gehen, die dahintersteckt. Es geht grundsätzlich um eine Haltung und Gefahr des Co-Managements, des Standortdenkens und der Bereitschaft, sich gemeinsam mit den VW-Kapitalisten, den Porsches, Piechs, den Feudalherren aus Katar und sonst woher, in einen Rationalisierungswettbewerb mit der internationalen Konkurrenz hineinzustellen, um die „zu schwache Rendite“ bei der „Kernmarke“ des Konzerns zu verbessern und zu verdoppeln.

Allein in den nächsten vier Jahren sollen 14,8 Milliarden Euro „Einsparungen“ erzielt werden. Wer wird die letztlich zahlen? Die Belegschaften oder die Hauptaktionäre und betrügerischen Manager und die technisch Verantwortlichen? Man muss ja wohl nicht lange rätseln. Muss man nicht deshalb den Kopf über eine solche Formulierung im Flugblatt der Verwaltungsstelle der IGM Braunschweig schütteln, in dem es als Kommentar zum Zukunftspakt u.a. heißt: „Mit dem Zukunftspakt haben wir die Weichen für die nachhaltige Zukunft unseres Standortes und die Sicherung der Beschäftigung gestellt. Die Arbeitnehmerseite ist sich bewusst, dass dafür Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich sind.“

Nochmal: die DKP ist absolut auf der Seite der Kolleginnen und Kollegen und der Betriebsräte, die um den Erhalt aller Standorte kämpfen. Aber die Grenzen der Politik der Standortlogik nicht einmal zu diskutieren, die ja ganz am Ende heißt „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ - das kann nicht der Sinn von Gewerkschaftspolitik sein, wie Kommunisten sie verstehen.

Es ist sicher schon sehr, sehr lange her, dass ein gewisser Dr. Karl M. – kein Metallarbeiter, sondern damals vom Broterwerb Journalist im Exil – in einer Broschüre „Lohn, Preis und Profit“ das Folgende schrieb: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

Darüber müssen wir diskutieren und wir müssen dazu beitragen, dass es „Unruhe gibt im Betrieb“ über die Sauereien, die systematischen Betrügereien, die nicht aufhören werden und die die Existenz zigtausender Arbeitsplätze bei VW bedrohen. Nicht weniger bedrohen als die offenen und ver-

deckten Angriffe auf das VW-Gesetz, das als Er-rungenschaft zu verteidigen ist.

Gegenmacht aufbauen, statt als Co-Manager mit den VV-Großaktionären „an einem Strick ziehen“ – was bedeutet das heute? Da gibt es großen Klä-rungsbedarf bei uns. Darüber müssen wir offen diskutieren.

Ein weiterer „Fakt“, der das nach mehr Sicherheit strebende (Wahl-)Verhalten bestimmt, ist die un-gebrochene Verunsicherung über die globale Sicherheitslage.

### **Politik des Kriegsbündnisses USA/NATO ge-gen Russland. Neue Tendenz?**

Der deutsche Imperialismus setzt wie bereits in den letzten Jahrzehnten zur Durchsetzung seiner Interessen auf die NATO, wobei jedoch zuneh-mend Versuche eines von der NATO und damit den USA eigenständigen Handelns zu beobach-ten sind. Bereits auf dem letzten Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel wurde angekündigt, die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zu intensivieren.

Die Verteidigungsminister der BRD und Frank-reichs haben dazu im September ein gemeinsa-mes Strategiepapier vorgelegt, das noch in die-sem Jahr zu konkreten Vereinbarungen führen soll. Es geht um koordinierte Aufrüstung unter Einsatz zusätzlicher Finanzmittel. Dazu hat Bun-deskanzlerin Merkel bereits kürzlich angekündigt, den Militärhaushalt der BRD auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken, d.h. um zu-sätzlich 60 Milliarden Euro.

Wir wissen derzeit nicht, was an der Spekulation dran ist, dass im ersten Informationsaustausch zwischen Trump und Putin vom Wunsch nach ei-ner deutlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern die Rede war und von einer Intensivierung der Zusammenarbeit ge-gen den Terrorismus des „IS“.

Es ist meines Erachtens völlig verfrüht, daraus ei-nen Richtungswechsel der US-Politik gegenüber Russland ableiten zu wollen.

Ich stimme der Einschätzung des Vorsitzenden der KP der Russischen Föderation, des Genossen Sjuganow, zu, der in seiner Stellungnahme zum Ausgang der US-Wahl folgende Einschätzung vertrat: „Aber der Erfolg Trumps bedeutet keine Erschütterung der Grundlagen, sondern nur eine Änderung des Gleichgewichts der Kräfte innerhalb des weltweiten Kapitalismus. Deshalb haben wir, die Kommunisten, keinerlei Illusion in Bezug auf den neuen US-Präsidenten. Tatsächlich ist Trump ein unabtrennbarer Teil der amerikanischen und

weltweiten Oligarchie. Der Unterschied liegt nur darin, dass er ein Vertreter eines Teils des großen Kapitals ist, das versteht, dass das vorherige Mo-dell einer unipolaren Welt, das zur Stagnation der Wirtschaft und zu einer Verschärfung der interna-tionalen Lage geführt hat, nicht funktioniert. ... Nicht zufällig hat Trump erklärt, dass er einen Kurs auf die Reindustrialisierung der USA und die Wiedergeburt der Landwirtschaft setzt.“

Angesichts der oben skizzierten Lage ist es wich-tig, die Ansätze, die bei der gemeinsamen Frie-endsdemonstration Anfang Oktober in Berlin deut-lich geworden sind, weiterzutreiben. Die dortige zentrale Losung „Frieden mit Russland“ ist von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung und Stärkung der Friedensbewegung, dabei können und müssen wir als DKP eine wichtige Rolle spie-len. Das bedeutet jedoch keineswegs eine pau-schale Parteinahme für das System der russi-schen kapitalistischen Oligarchie durch die DKP.

### **Abschnitt III: Auswertung zum Stand unserer marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit**

Wir haben in Vorbereitung auf die heutige Sitzung des Parteivorstandes seitens der Bildungskom-mission einen Versuch unternommen, uns ein ge-naueres Bild über den Zustand unserer Bildungs-arbeit zu verschaffen. Dazu wurde ein Fragebo-gen entwickelt, den wir bereits vor der Sommer-pause an die Bezirke versandt haben. Ohne die Hartnäckigkeit unseres Kommissionsmitglieds U. hätten wir ganz sicher nicht diese heutige Bilanz vorlegen können. Mein Dank geht aber auch an weitere Mitglieder der Kommission, die an dieser Einschätzung mitgewirkt haben. Ich präsentiere also ein kollektives Arbeitsergebnis.

Die Analyse beruht auf der Rückmeldung von neun Bezirken: Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordbayern, Niedersachsen, Ruhr-Westfalen, Saarland. Sie werden zusätzlich ergänzt von Rückmeldungen aus den Kreisen bzw. Grundorganisationen: Leip-zig, Augsburg, Hannover-Mitte, Betriebsaktiv München.

#### **Die Ergebnisse:**

1. Wir haben zunächst versucht, die personellen Strukturen in den Bezirken zu erfassen.

Von den neun Bezirken haben sieben bezirkliche Bildungsverantwortliche. Es gibt keinen in Ruhr-Westfalen; in Bremen nur in Bremen-Nord. Von Sachsen haben wir nur eine Rückmeldung aus Leipzig, eine regionale Bildungsverantwortlichkeit existiert trotz der in Leipzig konzentrierten großen personellen Kompetenzen nicht.

Wie weit Bildungsverantwortliche in ihrem Bezirk verankert sind und als Motor fungieren, kann nicht einheitlich eingeschätzt werden. Ihre Teilnahme an den zentralen Treffen der Bildungskommission ist sehr unterschiedlich. In der Regel aber unbefriedigend. Wenn keine Teilnahme erfolgt, dann ist die Begründung immer Zeitmangel/Terminüberschneidungen.

In einigen Bezirken gibt es mehr oder minder eine offene Blockade der zentralen Bildungsarbeit. Ich zitiere hierzu die Schlussbemerkung im Bericht zu Niedersachsen. „Vor etwa zwei Jahren wurde tatsächlich in Niedersachsen versucht, eine bezirkliche Zentralisierung der Bildungsverantwortlichen auf Kreis/Gruppenebene durchzuführen, ein Treffen mit Genossen aus den Gruppen fand zwar statt. Aber da waren deren Verantwortlichkeiten nicht klar bzw. kamen aus individuellem Interesse, so dass konkrete Arbeit mit diesen Genossen vor Ort für mich schwer gestaltete. Ich gab diese Form dann auf und orientierte auf Wochenendseminare für den gesamten Bezirk, diese sind aber stark von den bezirklichen Mehrheiten abhängig.“

Nur etwas mehr als die Hälfte der Kreise oder Gruppen haben Bildungsverantwortliche.

Typisch dürfte eine Aussage von Baden Württemberg sein: „Formal gibt es zumindest in den aktiven Kreisen des Bezirks Bildungsverantwortliche. Bei der Verbindlichkeit und Kontinuität in der Wahrnehmung ist aber noch viel Luft nach oben ...“

2. Wir haben dann nach den personellen Ressourcen in den Bezirken gefragt. Die Frage lautete: Wie viele Genossen gibt es im Bezirk, die Bildungsarbeit machen können? Die Antworten blieben oft vage. Es sind in etwa 50 bis 60.

Die Nutzung externer Referenten findet nur sporadisch statt. Aber es gibt gute Beispiele. Zum Beispiel aus Ruhr-Westfalen: „Das Thema ‚Imperialismustheorie‘ haben wir als ‚Kick-Off‘-Veranstaltung mit Beate Landefeld als Referentin und Teilnehmern aus fast allen Kreisen/Gruppen des Bezirks durchgeführt, mit dem Ziel, Schwung in die Bildungsarbeit zu bekommen.“

3. Unsere nächste Frage galt den Themen und den Formen der Bildungsarbeit. Das beschlossene Bildungsprogramm der Partei wurde nicht überall durchgeführt, und wenn, meist nicht im Zeitplan und in Umfang und Intensität sehr unterschiedlich. In allen Bezirken wurde eine Vielzahl eigener Themen behandelt, sowohl tagespolitische als auch grundsätzliche. Hierzu gab es allerdings kaum Rückmeldung oder Anfragen an die

Bildungskommission, nicht zu den Themen, nicht zu Referenten, nicht zu den Materialien.

Die Formate sind sehr unterschiedlich und sehr abhängig von lokalen Gegebenheiten. Häufig steht Bildungsarbeit hinter der praktischen politischen Tätigkeit zurück.

Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: „Vor allem aufgrund der Bindung unserer Kapazitäten durch den diesjährigen Wahlkampf haben wir auf regelmäßige Schulungstermine auf lokaler Ebene verzichtet – was sich ändern wird. Die Bildungswochenenden haben wir allerdings periodisch durchgeführt und werden dies weiterhin tun. Das gleiche gilt für den UZ-Lesekreis in Rostock. Außerdem wurden im Rahmen unserer Landesmitgliederversammlungen i. d. R. Referate zur aktuellen politischen Lage gehalten.“

Häufigste Formen sind Seminare (halbtags, ganztags, Wochenende, zwei bis vier mal im Jahr), Bildungsarbeit im Rahmen der Gruppenabende oder öffentliche Veranstaltungen. Ruhr-Westfalen führt beispielsweise „Rote Sonntage“ durch. Weniger verbreitet sind regelmäßige Bildungsabende; MASCHs und Lesekreise mit und ohne UZ. Eine Systematik, was bevorzugt in welcher Form geschult wird (inhaltliche Kriterien), ist nicht durchgängig erkennbar. Für die zentralen Bildungsthemen werden häufig Seminare genutzt, aber auch das nicht durchgängig.

4. Ein weiterer zentraler Punkt unserer Umfrage galt der Qualität und der Nutzung der zentralen Bildungsmaterialien. Hier das Ergebnis:

Die Nutzung und Bewertung der Materialien der Bildungskommission ist sehr unterschiedlich. Zu Beginn herrscht vor: wenig bis kaum genutzt; höchstens als Vorlage und dann eigene Erarbeitungen. Die durchweg anspruchsvolle und mit guten Materialien bestückte Bildungsarbeit im Bezirk Hamburg nutzt die Materialien beispielsweise nicht. Im Bericht dazu heißt es: „Hamburg hat quasi ein ‚autonomes‘ Bildungsprogramm.“ Eine Besonderheit mehrfacher Art gibt es in Leipzig: „Marxistisch-Leninistische Bildungstage“ seit September 2013.

Insgesamt positiv scheint sich die – mit dem Thema Strategie und Taktik eingeführte – Trennung von Material für Schulungsleiter und Teilnehmer und konkreter Hilfestellung für Schulungstermine auszuwirken. Das Strategie-Material hat zum Teil sehr gute Reaktionen ausgelöst. Es werden mehrfach auf die Frage, was gefehlt hat, was man sich von der Bildungskommission wünscht; explizit Wünsche nach didaktischen Hilfestellungen (z.B. Arbeitsfragen) genannt. Eine wichtige Anregung von Hessen zu den zentralen Bildungs-

texten lautet: Sie „sollten insgesamt kürzer und für alle im Internet abrufbar sein“.

## 5. Die Frage nach Zusatzmaterialien

Die zusätzlich in Eigenregie erarbeiteten Materialien sind so umfangreich und vielfältig, wie es die sonst noch behandelten Themen erfordern. Eine Rückmeldung an die Bildungskommission über eigene erstellte Materialien wird nur sehr selten gegeben. Eigene Ausarbeitung gibt es zum Beispiel in Baden-Württemberg zur Krisentheorie, in Hamburg im Rahmen der MASCH-Angebote, in Hessen zu Philosophie und Krisentheorie, in Regensburg zu Imperialismus. In Hamburg gibt es zudem einen sehr ausführlichen Power Point-Vortrag für ein Tagesseminar zur Oktoberrevolution.

Wenngleich es keine offizielle Rückmeldung aus Thüringen gab, so wissen wir, dass es auch dort eigenproduzierte Materialien zur Einführung in die Grundlagen des Marxismus-Leninismus gibt. Diese Materialien wurden bisher in der Bildungskommission nicht aus- und kaum weiter verwertet.

## 6. Zum letzten Punkt Sonstiges/Anregungen

Viele Orte machen die Bildungsarbeit offen für Interessenten/Sympathisanten und/oder zusammen mit der Linkspartei. Ein Beispiel aus Ruhr-Westfalen: „Die Rückmeldung aus den ‚Roten Sonntagen‘ und vom Bildungsverantwortlichen der PdL war positiv. Letzterer war erfreut über die Klarheit und einfache Sprache. Da sei er aus der PdL viel ‚Geschwurbeltes‘ gewohnt.“

Aus Baden-Württemberg kommt die folgende kritische Bemerkung: „Im Bezirk Baden-Württemberg wäre es uns ein großes Anliegen, bei der Erstellung zukünftiger Bildungsmaterialien zumindest in Form einer Feedbackschleife mit einbezogen zu werden und nicht nur fertige Ergebnisse vorgesetzt zu bekommen. So hatten wir z.B. sowohl am Bildungsmaterial zu Strategie und Taktik als auch am Entwurf zur Oktoberrevolution einige Kritikpunkte, die nicht einfließen konnten bzw. mit dem Argument abgewiesen wurden, sie kämen ‚zu spät‘. Hier wünschen wir uns für die Zukunft mehr Kollektivität.“

## 7. Zu Fragen der Gestaltung der zentralen Bildungsmaterialien

Die Bildungsmaterialien folgen seit den letzten drei Ausgaben einer einheitlichen Gestaltungslinie. Wiedererkennung und praktischer Nutzen sollen verbessert werden. Die Bildungshefte sollen ein Material für jedes DKP-Mitglied sein. Die Gestaltung der Bildungshefte stellt auch formal die „K“-Frage - „K“ wie Kernaussagen. Die Hefte sol-

len Interesse für das Thema wecken. So sind ein Basisheft, das zum Mitdenken und Mitreden anregen soll, und Diskussionsfragen und Tipps für die Gestaltung des Bildungsthemas Bestandteil.

Ergänzt wird das Basisheft durch ein ausführlicheres didaktisch-methodisches Material, das Bildungsverantwortliche und Referenten bei der Vorbereitung des Themas unterstützen soll. Es ist aber auch ein Material, das für Genossinnen und Genossen geeignet ist, die sich ausführlicher mit dem Thema beschäftigen wollen.

## 8. Fazit

Mit dem 20. Parteitag haben wir als neue Parteileitung versucht, zu einer gewissen Reorganisation sowohl der organisatorischen Strukturen wie auch der inhaltlichen Konzeption der Bildungsarbeit zu kommen. Wenn wir den bekräftigten Anspruch der DKP als einer in ihrem Wesen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse ernst nehmen wollen, müssen wir verstärkt auch um ihren eigenständigen Platz in der politischen Landschaft und in den politischen Bewegungen in diesem Land kämpfen. Dazu brauchen wir eine Art „Bildungsoffensive“.

Sie muss, wie wir auf dem 21. Parteitag ja bereits ausreichend dargelegt haben, sowohl theoretisches Grundlagenwissen vermitteln wie auch die politischen Orientierungen unserer zentralen Beschlussorgane (Parteitag und Parteivorstand) theoretisch und ideologisch stärker untermauern und nachvollziehbar begründen.

Wir haben versucht, seit dem 20. Parteitag an Strukturen und Inhalt der Bildungsarbeit etwas zu verändern. Das erweist sich als langwierige Daueraufgabe, die nicht zuletzt durch Mehrfachfunktionen, aber auch durch unzureichende Fokussierung erschwert wird. Diejenigen, die viel im Bildungsbereich getan haben (in Eigenregie, wie z.B. MASCHs in Hamburg oder in Essen), bringen sich bisher nur unzureichend ein, haben sich an ihre „Quasi-Autonomie“ gewöhnt. Die zentralen Strukturen entwickeln sich; aber noch schleppend.

Selbst in den Bezirken, von denen wir Rückmeldung erhalten haben, gibt es längst nicht in allen Kreisen Bildungsverantwortliche. Es bleibt weiter eine der wichtigsten Aufgaben, daran etwas zu verändern. Dazu ist es nötig, ein Ausbildungsprogramm für Schulungsleiter zu entwickeln und die Mitglieder der Bildungskommission müssen mehr für Anleitung vor Ort tun.

Es hat geraume Zeit gedauert, bis in der und für die Bildungskommission ein gemeinsamer Arbeitsstil entwickelt wurde. Jetzt sind wir auf einem besseren Weg: Durch die Bildung einer „Kern-

gruppe“ können und wollen wir unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte, Spezialisierungen etc. entwickeln Die Bildungskommission wird viel mehr ein arbeitendes Kollektiv als nur ein Gremium von Zuhörenden werden.

Der Beschluss des 21. Parteitag ist zwar weitgehend, aber als solcher noch nicht Bestandteil der Arbeit vor Ort und noch nicht ausreichend in der Umsetzung begriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Bildungsarbeit oft hinter der alltäglichen praktischen politischen Partearbeit zurückstehen muss. Auch hier muss sich konkret (!) was verändern. Probleme müssen benannt werden. Ein guter Parteitagsbeschluss will umgesetzt werden.

#### **Abschnitt IV: Weitere politische und organisatorische Stützpfiler der Bildungs- und Theoriearbeit der DKP**

##### **Zur Rolle und zu den aktuellen Problemen der Karl-Liebknecht-Schule (KLS)**

Die Teilnahme an Seminaren der KLS ist nach Rückmeldung der Bezirke sehr mager. (3 Teilnehmende aus Nürnberg/Nordbayern; Hessen, Niedersachsen, Augsburg melden die Teilnahme Einzelner; Ruhr-Westfalen: „erfolgt individuell“). Diese Rückmeldung stimmt mit dem tatsächlichen Stand der Nutzung von KLS-Seminaren jedoch nicht überein. Die Tätigkeit der Schulleitung kann auf eine arbeitsreiche Periode zurückblicken mit einer insgesamt leicht positiven Tendenz.

In 2014 wurden neun (von zwölf geplanten) Seminaren mit insgesamt 74 Teilnehmern durchgeführt. (1 Wochenkurs, sonst Wochenendseminare). 2015 waren es sechs (von geplanten sieben) Seminaren mit 88 Teilnehmern (zwei vier-Tage-Kurse, sonst Wochenendseminare). 2016 werden es mit dem noch kommenden Seminar sechs (von acht geplanten) mit 83 Teilnehmern sein (zwei vier-Tage-Kurse, sonst Wochenendseminare). Eine detaillierte Übersicht liegt für die einzelnen Kurse vor.

Bedauerlicherweise ist diese erkennbar positive Entwicklung, die wir besonders in der Durchführung von drei „Grundkursen“ in 2015/2016 mit 13, 23 und 12 Teilnehmern zu verzeichnen hatten, für die Genosse J. Lloyd sich als Schulleiter mit gutem Erfolg sehr engagiert hatte, derzeit unterbrochen. Genosse Lloyd ist auch von seiner Funktion als Schulleiter zurückgetreten. In Gesprächen mit den Vorsitzenden konnten wir ihn leider nicht umstimmen. Er hat sich aber bereit erklärt, auch in 2017 als Referent für die Grundkurse weiter zur Verfügung zu stehen. Wir haben ihm für dieses Angebot und für seinen Einsatz in der verantwortlichen Arbeit in der Leitung der KLS ausdrücklich gedankt.

Wir stehen nun in einem Prozess der Neustrukturierung. Es haben im Oktober/November mit Unterstützung von Genossen der Bildungskommission und den weiter in der Funktion verbliebenen Genossen der bisherigen Schulleitung sowie dem Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen und dem Kulturverein Leverkusen, dem Eigentümer der Liegenschaft, Beratungen stattgefunden. Wir sind uns sicher, dass wir bis zum LLL-Treffen einen Seminarplan vorlegen können, der zunächst ein Angebot bis August 2017 enthalten wird. In diesem Zusammenhang mussten wir nicht nur grundlegende Fragen der Arbeitsorganisation, der Aufgabenverteilung und von Zuständigkeiten klären.

Es geht auch um etwas ganz Elementares: Wie wird die DKP ihrem Anspruch künftig besser und konkreter gerecht, dass wir mit der „KLS“ eine zentrale Bildungsstätte nicht nur besitzen, sondern aktiv betreiben, die der Grundlagenausbildung von Mitgliedern und speziell auch von Funktionärinnen und Funktionären dienen soll, die Leitungsfunktionen übernehmen sollen. Und wie nutzen und lasten wir mit unseren vorhandenen Arbeitsgremien – angefangen beim Parteivorstand und seinen Kommissionen – diese Einrichtung künftig besser aus, damit sie tatsächlich zu der Parteischule der ganzen DKP wird.

Das ist eine Gesamtaufgabe für die Partei auf allen ihren Ebenen. Alle zentralen Kommissionen und Arbeitsgruppen, alle Bezirksvorstände mit ihren eigenen Tagungs- und Seminarplanungen sind dabei angesprochen. Angesprochen ist vor allem unsere Personalpolitik und Personalentwicklung; das mag vielleicht beim derzeitigen Zustand der Partei hochtrabend klingen. Aber wir brauchen in allen Bezirken und größeren Kreisen Personal- und Kaderentwicklungskonzeptionen. Wir müssen wissen, wer in der nächsten Wahlperiode in Vorstandsfunktionen rücken soll. Das ist ohne eine Grundlagenschulung aber nicht machbar. Die Bezirke müssen dafür „Beschickungspläne“ für die KLS beschließen.

Die Schule befindet sich wieder in einem deutlich verbesserten äußeren Zustand. Sie kann und wird aber dauerhaft nur so gut funktionieren und in Schuss sein, wie wir es als Gesamtpartei verstehen, sie zu einem Ort lebendiger Bildungsarbeit und Kaderentwicklung zu machen.

##### **Zur Rolle der Parteimedien und der Frage des inhaltlichen Zuschnitts des Sekretariatsbereichs**

Nach Abschluss des 21. Parteitags beginnt sich die Kooperation zwischen dem Sekretariatsbereich Theorie und Bildung und der UZ-Redaktion neu zu entwickeln. Dies ist absolut notwendig. Eine bislang nicht wirklich offen disku-

tierte und deshalb ungeklärt gebliebene grundsätzliche und strukturelle Frage ist aber weiter offen: Inwieweit ist der Sekretariatsbereich in der Lage, eine Doppelaufgabe zu leisten, nämlich „Bildungsarbeit“ und „theoretische Arbeit“ zu entwickeln.

Der publizistische „Transmissionsriemen“ für die Positionierung zu offenen ideologischen Fragen war bisher zumeist unser Nachrichtenportal news.dkp.de.

Die dort geführte theoretische Diskussion erfolgt aber eher nach dem Zufallsprinzip, als dass sie Teil einer systematischen Konzeption ist. Hierfür muss durch eine baldige konzeptionelle Absprache zwischen den Sekretariatsbereichen Öffentlichkeitsarbeit, Marxistisch-leninistische Theorie und Bildung sowie der Chefredaktion unseres Nachrichtenportals ein neues Konzept erarbeitet werden.

Das grundlegende strukturelle Defizit in unserem rechtzeitigen Erkennen und Reagieren auf neue theoretische Fragen ist das Fehlen eines Plans für die Entwicklung der theoretischen und der wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen des Sekretariatsbereichs.

Dieses Fehlen wirkt sich auch als gravierender Mangel bei der Kooperation mit „befreundeten“ Institutionen und theoretischen Organen (MBL, MES, MASCH) aus. De facto existiert sie kaum. Es gibt auch derzeit kaum Impulse seitens des Parteivorstandes für deren wichtige Arbeit. Umgekehrt wird aber auch nicht die für alle Beteiligten nötige gemeinsame Diskussion gesucht. Dies zu ändern und die DKP in ihrer theoretischen Arbeit wieder auf ein höheres Niveau zu heben, bedarf dringend eines neuen Ablaufs noch in dieser Wahlperiode. Dies sollte auch Gegenstand der nächsten Sekretariatsklausur sein.

## **Abschnitt V. Die nächsten praktischen Aufgaben in der Bildungsarbeit**

### **100 Jahre Oktoberrevolution**

Vor uns steht der 100. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die Bildungskommission erarbeitet dazu zwei Bildungsmaterialien. Das erste ist fertig. Es umfasst im Prinzip die Grundsatzfrage der Aktualität von Reform und Revolution heute und grenzt den revolutionären Weg des „Roten Oktober“ von reformistischen Sozialismuskonzeptionen ab. Es ist eine Fortsetzung des Strategie-Bildungsmaterials. Die Kommission hat dies in guter kollektiver Zusammenarbeit fertiggestellt.

Das zweite Bildungsmaterial wird die bleibende historische Bedeutung und den genaueren Verlauf

der Oktoberrevolution, ihre Vorbereitung, die handelnden Persönlichkeiten, die Probleme des sozialistischen Aufbaus und die Lehren aus dem „roten Oktober“ in den Mittelpunkt stellen. Die Bildungsberatung am 4.12. wird dazu einen ersten Entwurf diskutieren.

Am 19. März wird die endgültige Version auf einem „Moderatorensseminar“ in Frankfurt beraten. Daran wird sich die Geschichtskommission beteiligen. Der genaue Ablauf ist noch nicht entschieden und wird auch auf der Bildungsberatung im Dezember beraten. Die Bildungsmaterialien werden Hinweise für möglichst viele Diskussionsveranstaltungen enthalten. Ebenso Hinweise auf Filme und andere Gestaltungselemente sowie eine Referentenliste.

Vom CommPress-Verlag wird eine Buchveröffentlichung zur Oktoberrevolution vorbereitet. Die Vorsitzenden werden sich daran mit Beiträgen beteiligen.

Für das zu erwartende Heft der Marxistischen Blätter zur Oktoberrevolution wird seitens des Parteivorstands eine enge Kooperation angeboten. Eine Erklärung des Parteivorstands zur Würdigung der Ergebnisse und Lehren der Oktoberrevolution wird für eine der PV-Tagungen im Frühjahr vorgeschlagen.

Politisch-kultureller Höhepunkt wird eine gemeinsame Veranstaltung von DKP, SDAJ, junge Welt und dem Rotfuchs-Verein am 21.10. in Berlin sein. Die Federführung innerhalb der DKP liegt beim Vorsitzenden und bei der Geschichtskommission. An den Planungen wird sich die Bildungskommission aktiv beteiligen. Angestrebte Größenordnung: 500 Teilnehmer.

### **150 Jahre Band 1 des „Kapital“**

2017 jährt sich zum 150. Mal das Erscheinen der Erstausgabe von Kapital Band 1. Die Bildungskommission und die Geschichtskommission werden sich zu diesem Zweck umgehend mit der Marx-Engels-Stiftung, der Redaktion der Marxistischen Blätter und der UZ-Redaktion zwecks Absprache über Materialien / Veranstaltungen in Verbindung setzen.

### **Weitere Bildungsmaterialien und Maßnahmen im Vorfeld des 22. Parteitags**

Es wird vorgeschlagen, zur Vorbereitung des 22. Parteitags ein Bildungsmaterial zur marxistisch-leninistischen Parteitheorie zu erarbeiten. Es wird in diesem Zusammenhang angeregt, ähnlich wie vor dem 21. Parteitag dazu eine theoretische Konferenz im Vorfeld des Parteitags durchzuführen. Der Termin muss zeitlich mit der Veranstal-

tung zur Oktoberrevolution abgestimmt werden. Das Sekretariat wird beauftragt, dazu eine Konzeption zu erarbeiten.

Der bereits gefasste Parteitagsbeschluss zur Erarbeitung eines „Leitfadens für die Bildungsarbeit“ muss im Verlauf des Jahres 2017 umgesetzt werden. Dazu müssen ein Fertigstellungstermin und die Autoren durch die Bildungskommission festgelegt werden. Es müssen darüber hinaus die Beschlüsse zur Erarbeitung von Materialien zur antifaschistischen Politik und zur Friedenspolitik verwirklicht werden. Dazu müssen verantwortliche Autoren in Zusammenarbeit mit den beiden entsprechenden Kommissionen und Erstellungstermine festgelegt werden.

### **Ausblick 2018**

Im Jahre des 22. Parteitags werden sich weitere geschichtliche Ereignisse jähren, auf die sich die DKP langfristig inhaltlich und publizistisch einstellen muss:

- 200 Jahre Karl-Marx, 50 Jahre SDAJ, 100 Jahre Novemberrevolution, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP
- Es jährt sich außerdem zum 75. Male die entscheidende Schlacht des 2. Weltkriegs vor und in Stalingrad (23.8.1942-2.2.1943). Dazu müssen unabhängig von Verlauf und Ergebnissen des 22. Parteitags noch vom jetzigen Parteivorstand in dieser Amtszeit Konzeptionen zu Materialien und Veranstaltungen beschlossen werden.

# 6. Tagung des Parteivorstands der DKP

19./20. November 2016, Essen

---

## Einleitung zum Tagesordnungspunkt „Parteiauseinandersetzung“

**Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Beschlussverbindlichkeit hat für die DKP, für eine kommunistische Partei eine hohe Bedeutung. In unserem Statut formulieren wir: „Jedes Mitglied hat die Pflicht (...), die in den programmatischen Dokumenten festgelegten und von den Parteitag beschlossenen Ziele zu unterstützen, sowie die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und nach Kräften bei ihrer Umsetzung mitzuarbeiten.“

Natürlich steht das in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Formulierung im Statut, die besagt, dass jedes Mitglied das Recht hat: „einzeln oder gemeinsam mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln (...) und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben.“

Allerdings heißt es im selben Artikel (Art. 2) des Statuts auch, dass: „öffentliche Kritik an der Partei und einzelnen ihrer Mitglieder oder Gremien solidarisch erfolgen (muss) und die Umsetzung gefasster Beschlüsse nicht gefährden (darf).“

Was die Grundlage der Arbeit des Parteivorstands angeht, formuliert das Statut, dass der Parteivorstand „seine Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagsbeschlüssen und der Diskussion der Parteimitglieder fasst“.

Das Statut formuliert ebenfalls: „Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich.“ Das sagt deutlich aus, die innere Ordnung ist kein Spaß, sondern Prinzip. Der nächste Satz im Statut lautet dann: „Sie (die Mitglieder der DKP – PK) verstehen die Bildung von Fraktionen, d. h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.“

Lenin – es handelt sich übrigens um eine Legende, dass er Fraktionsmacherei nur in der Illegalität bekämpfte – veröffentlichte Jahre nach der Oktoberrevolution die Broschüre „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler der Genossen Trotzki und Bucharin.“ Darin formulierte er: „Trotzkis Broschüre wird mit der Erklärung eingeleitet, dass „sie die Frucht einer kollektiven Arbeit“ sei; dass an ihrer Abfassung „eine ganze Reihe verantwortlicher Funktionäre,

besonders Gewerkschafter (...) teilgenommen habe; dass dies eine Plattformbroschüre sei. Und am Schluss der These 4 lesen wir, dass „der bevorstehende Parteitag zwischen zwei Tendenzen auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung zu wählen haben wird“.

Lenin sagt: „Wenn das nicht die Bildung einer Fraktion durch ein Mitglied des ZK ist (...), so möge Genosse Bucharin oder irgendeiner seiner Gesinnungsgenossen versuchen, der Partei zu erklären, welchen anderen Sinn denn die Worte ‚fraktionell‘ und ‚Neigung zum Entgleisen‘ der Partei haben?“

Wer mag hier keine Parallelen zum offenen Brief des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ erkennen, der uns beim Pressefest erreichte.

An anderer Stelle schreibt Lenin: „Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des ZK zwangen dazu, sich an die Partei zu wenden. Die Diskussion hat anschaulich Wesen und Ausmaß dieser Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Den Gerüchten und der Verleumdung ist ein Ende gesetzt worden. Die Partei schult und stählt sich im Kampf gegen die neue Krankheit (...) – die Fraktionsmacherei.“

Wer will, kann hier doch Parallelen zur Entwicklung in der Partei seit der Veröffentlichung der sogenannten Thesen erkennen, die auf der uns geklauten Seite „kommunisten.de“ immer noch angeboten werden.

Wir haben einen Beschluss des höchsten Organs unserer Partei, des Parteitags, der sagt:

„Einige Mitglieder der DKP haben im Gegensatz dazu nach dem 20. Parteitag in Form der so genannten ‚Marxistischen Linken‘ mit dem Aufbau einer eigenen Organisation begonnen. Daneben orientieren sie jetzt auf die Bildung eines ‚kommunistischen Netzwerkes‘ innerhalb der DKP. Akteure erklären, dass sie sich nicht mehr an den Beschlüssen der DKP abarbeiten wollen.“

Das gemeinsame Handeln von Kommunistinnen und Kommunisten ist die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke der Partei. Es gehört zu

der elementaren Erfahrung der kommunistischen Bewegung, dass die Bildung von Fraktionen bzw. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei betrachtet werden. Diese Beschlüsse, an denen sie sich nicht mehr abarbeiten wollen, bilden aber die Grundfeste unserer kommunistischen Politik.“

Das ist ein Parteitagsbeschluss, der für die Arbeit des Parteivorstandes verbindliche Grundlage ist. Genauso, wie der weitere Teil des Beschlusses, der formuliert:

„Der 21. Parteitag der DKP stellt dazu fest: Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.

Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten ‚kommunistischen Netzwerk‘ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.

Der Parteitag der DKP fordert den Parteivorstand auf, anhand der offensichtlichen inhaltlichen Differenzen eine Diskussion in der Partei zu organisieren, die eine Positionierung zu den inhaltlichen Differenzen ermöglichen, so dass sich die Gesamtpartei eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Umgang mit diesen Positionen erarbeitet und in der Lage ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.

(...) Der Parteitag der DKP fordert den Parteivorstand auf, die Debatte noch in diesem Jahr auf einer PV-Sitzung auszuwerten. Sollte weiterhin bewusst eine Strömung in unserer Partei organisiert werden, welche sich gegen demokratisch getroffene Beschlüsse (insbesondere des Parteitages) stellt, ist der PV aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen, diesen für die Arbeit der Partei und für ihr einheitliches Handeln schädlichen Zustand zu beenden.“

In Umsetzung dieses Beschlusses formulierte die 5. PV-Tagung den Beschluss zur Umsetzung und sagte:

„Wir müssen feststellen: Die Strömung, die sich um die Inhalte der Thesen versammelt hat, entfernt sich von Programm, Statut, Grundsätzen marxistischer Politik und lehnt die Ergebnisse der vergangenen beiden Parteitage ab, sie kündigt das gemeinsame Handeln auf. Beispiele sind:

- Eigene Demoblöcke mit Fahnen der Europäischen Linken zum Beispiel bei der Blockupy- und der TTIP-Demo
- Gegenveranstaltungen zur Luxemburg-Liebnecht-Veranstaltung der Partei.

Mit der ‚marxistischen linken‘, dem der DKP gestohlenen Nachrichtenportal ‚kommunisten.de‘, Treffen, zu denen nicht parteiöffentlich eingeladen wurde, eigener internationaler Arbeit und schließlich der Gründung des sogenannten ‚kommunistischen Netzwerks‘ hat sich die Strömung eigene Strukturen geschaffen. Dabei wird der Grundsatz ‚offen diskutieren, gemeinsam handeln‘ immer weiter außer Kraft gesetzt.

Der Parteivorstand hat sich in der vergangenen Periode mehrfach mit diesem Problem befasst und die Genossinnen und Genossen aufgefordert, dies zu unterlassen. Dabei standen wir immer für die inhaltliche Debatte, zum Beispiel mit den theoretischen Konferenzen. Eine Ausgrenzung fand nicht statt.“

Die Genossinnen und Genossen, die das Netzwerk organisieren, haben die Beschlüsse des 21. Parteitags ignoriert und bewusst gegen sie gehandelt:

a) Sie haben den „Offenen Brief“ des Netzwerks formuliert, darunter Unterschriften gesammelt. Im „offenen Brief“ findet sich das Statut nicht (mehr) als Grundlage der Arbeit des Netzwerks, die wesentlichen Ergebnisse des 21. Parteitags werden diffamiert und abgelehnt, den vergangenen beiden Parteitagen der DKP wird unterstellt, dass sie „für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs“ stünden.

b) Der Bezirksvorstand Südbayern hat beschlossen, den Parteitagsbeschluss zur Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen 2017 nicht umzusetzen.

c) Im sogenannten „Dorf des Widerstands“ beim UZ-Pressefest gab es ein Wandzeitungsprojekt mit Karikaturen, die Beschlüsse des Parteitags mit teils antikommunistischen Klischees verunglimpften, bei Kommunisten politische Gemeinsamkeit mit Faschisten und Esoterikern behaupteten und die Pressefestbesucher aufforderten, dies zu kommentieren.

Der 21. Parteitag hat den Parteivorstand aufgefordert, die Situation in der Partei zu analysieren und Maßnahmen einzuleiten, um weiteren Schaden abzuwenden. Aus unserer Sicht ist die Fraktionsbildung abgeschlossen.

Nun gibt es Aufregung um den Antrag, den die drei Vorsitzenden, also Wera, Hans-Peter und ich, an diese PV-Tagung gestellt haben. Aber diese Aufregung ist unberechtigt, denn wir haben nichts anderes gemacht, als den Beschluss des Parteitags und den darauf basierenden Beschluss der vergangenen Tagung des Parteivorstands umzusetzen.

Und die Aufregung um den Antrag der Vorsitzenden ist auch unberechtigt, wenn man die Entwicklung nach dem Parteitag betrachtet:

Haben die Genossinnen und Genossen aufgehört, bewusst eine Strömung in unserer Partei zu organisieren? Nein, sie haben das sogenannte „kommunistische Netzwerk“ nicht nur fortgeführt, sondern den „offenen Brief“ initiiert, darunter Unterschriften gesammelt und ihn in der Endphase der Vorbereitung des UZ-Pressesests veröffentlicht.

Haben die Genossinnen und Genossen aufgehört, Parteitagsbeschlüsse zu boykottieren? Nein, haben sie nicht. Das hat doch die bei dieser PV-Tagung hinter uns liegende Diskussion zum Stand der Vorbereitung unserer Kandidatur zu den Bundestagswahlen noch einmal belegt. Fast überall steigen die Genossinnen und Genossen ein, es läuft gut – aber an manchen Orten werden sie behindert, wird boykottiert und sogar versucht das zu verhindern – aus der eigenen Partei heraus.

Haben die Genossinnen und Genossen damit aufgehört, die Autorität des höchsten Gremiums unserer Partei, der Parteitage, zu untergraben? Nein, haben sie nicht.

Haben die Genossinnen und Genossen aufgehört die Autorität des Parteivorstands bewusst zu untergraben? Nein, haben sie nicht.

Ich habe Verständnis dafür, wenn Genossinnen und Genossen nicht mit dem Entwurf der Vorsitzenden übereinstimmen. Im Parteivorstand muss aber die Frage beantwortet werden, wie der Beschluss des Parteitags und der Beschluss der vergangenen PV-Tagung denn angesichts dieser Situation umgesetzt werden kann.

Ich weiß, dass wir uns damit natürlich in einem Dilemma befinden. Ich weiß, dass die Genossinnen und Genossen, die das sogenannte „kommunistische Netzwerk“ initiiert haben und organisieren, uns bewusst in dieses Dilemma treiben. Dieses Dilemma heißt: Jegliches Nicht-Handeln nutzen sie aus, um ihren Spielraum zu vergrößern und damit die Organisationsprinzipien der Partei zu beschädigen. Und jedes Handeln nutzen sie aus, um uns autoritäres Verhalten vorzuwerfen und sich selbst zu Märtyrern zu machen. Und sie werden über die Weiterführung dieser Strategie am kommenden Wochenende bei einem weiteren nichtöffentlichen Treffen in Kassel (Anmerkung: Genosse Uwe Fritsch wies während der PV-Tagung darauf hin, dass die Beratung nicht in Kassel stattfindet – PK) beraten.

Einer Legendenbildung zum Antrag möchte ich entgegentreten. Dass dieser Antrag von den drei Vorsitzenden gestellt wird und nicht vom Sekretariat, hat nichts damit zu tun, dass die durchziehenden Vorsitzenden vom moderaten Sekretariat nicht zu halten gewesen waren. Nein, wir hatten beides, wir hatten eine Meinung, dass der jetzige Vorschlag zu moderat und wir hatten eine Meinung, dass eine der Maßnahmen zu wenig nachvollziehbar sei. Wir hatten diese Situation, weil wir uns die Meinungsfindung nicht einfach machten.

Vor dieser Situation steht nun der Parteivorstand, die kollektive Weisheit von uns ist gefragt. Dafür haben wir einen klaren Auftrag des Parteitags.

# 6. Tagung des Parteivorstands der DKP

19./20. November 2016, Essen

---

## Beschlüsse

### Beschluss zur Parteiauseinandersetzung

1. Der Parteivorstand beruft vor der 8. Parteivorstandstagung, die im März 2017 stattfindet, Versammlungen der Mitglieder der Bezirksorganisationen in Rheinland-Pfalz und Südbayern ein. Inhalt und Zielstellungen sind:

\* Die Information an die Mitglieder der Bezirksorganisationen, dass ihre Bezirksvorstände u. a. mit der Beschlussfassung die Parteitagsbeschlüsse zur Bundestagswahl 2017 nicht zu unterstützen und mehr oder minder offen zur Wahl der Linkspartei aufrufen, dem Parteivorstand eine Zusammenarbeit unmöglich machen.

\* Die Bitte an die Mitglieder der Bezirksorganisationen, sich mit dieser Situation auseinanderzusetzen.

\* Die Aufforderung an Vorstände und Genossinnen und Genossen, zur Beschlussverbindlichkeit zurückzukehren und fraktionelle Tätigkeit (sogenanntes kommunistisches Netzwerk) einzustellen.

\* Die Aufforderung zur aktiven Beteiligung an der Vorbereitung des 22. Parteitags im Rahmen der Parteibeschlüsse.

\* Die Ankündigung, dass ab jetzt alle statutarischen Parteigliederungen der Bezirksorganisation in die Information durch den Parteivorstand aufgenommen werden.

\* Der Parteivorstand entscheidet nach der 8. PV-Tagung über das weitere Vorgehen.

2. Der Parteivorstand lädt die Sekretariate aller Bezirks- und Landesvorstände zu einer außerordentlichen Klausurtagung des Parteivorstandes im Frühjahr 2017 ein.

3. Der Parteivorstand verurteilt die fortgesetzte Mitarbeit im „kommunistischen Netzwerk“. Parteivorstand, Bezirks- und Landesleitungen stehen in der Verantwortung, um jedes Mitglied zu ringen und trotz unterschiedlicher Meinungen wieder zum Grundsatz „gemeinsam Handeln“ zurückzukehren, um Schaden von der Partei abzuwenden. Sie sind aufgefordert, mit den Unterstützern des „kommunistischen Netzwerks“ zu diskutieren, um sie aufzufordern:

\* die fraktionelle Tätigkeit einzustellen,

\* sich an der Umsetzung der Beschlüsse des 21. Parteitags zu beteiligen,

\* sich in die Vorbereitung des 22. Parteitags einzubringen.

Mit den Erstunterzeichnern des „Offenen Briefes“ wird ein Gespräch mit der gleichen Zielstellung geführt.

4. Sollte dieser Diskussionsprozess nicht zur Einstellung der fraktionellen Tätigkeit führen, beauftragt der Parteivorstand das Sekretariat, einen Beschlussvorschlag für den 22. Parteitag vorzulegen, der die Mitgliedschaft im sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DKP erklärt.

(beschlossen mit 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, bei wenigen Enthaltungen)

### Begründung:

Im Referat der 5. PV-Tagung formulierten wir:

„Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem bei Teilen der Opposition Diskussionen und Diskussionsangebote genauso wie Beschlüsse auf taube Ohren stoßen. Wir werden diese Angebote weiter machen. Aber wir brauchen gleichzeitig den von Statut und Programm der DKP geforderten Schutz der Einheit und Handlungsfähigkeit der Partei. Dazu muss die Partei sich jetzt eine Meinung bilden. Aus unserer Sicht muss die PV-Tagung im November hier Entscheidungen treffen.“

Die Meinungsäußerungen, die uns nach dieser PV-Tagung erreichten, waren unterschiedlich. Aber auch die Meinungsäußerungen, die sich gegen organisationspolitische Maßnahmen aussprachen, widerlegten nicht, dass:

\* bereits nach dem 20. Parteitag die Homepage des Parteivorstands ([www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)) dem Parteivorstand entzogen wurde.

\* die sogenannten „Thesen“, die bereits der 19. Parteitag der DKP zurückgewiesen hat, weiterhin eine Art programmatische Grundlage für das sogenannte kommunistische Netzwerk bilden. Wir haben mehrfach nachgewiesen, dass die Inhalte, die Grundlage dieser Fraktionsbildung sind, unvereinbar mit unserer Programmatik sind, weil sie unter anderem:

- die Leninsche Imperialismusanalyse negieren
- die Machtfrage nicht mehr stellen
- das Verhältnis von Klasse und Bewegung nivellieren
- die Demokratiefrage klassenneutral behandeln
- die Rolle der Kommunistischen Partei auf eine Denkfabrik reduzieren und sie damit ihres Charakters als initiierende, agierende, mobilisierende und revolutionäres Bewusstsein verbreitende Kraft berauben.
- dem demokratischen Zentralismus eine Absage erteilen.

\* Mit der Diffamierung des 20. Parteitags als „Putschparteitag“ den Delegierten eine eigenständige Entscheidungskompetenz abgesprochen wurde.

\* Mit der mehr oder weniger offenen Unterstützung von „Unite“ die Gefahr der Schwächung, der mit uns freundschaftlich verbundenen SDAJ und die Schädigung des Verhältnisses zwischen uns und der SDAJ wissentlich und billigend in Kauf genommen wurde.

\* Auch mit dem Umgang mit dem Beschluss des 20. Parteitags zum Umgang mit Materialien und Logos der Europäischen Linkspartei (ELP) die Nichteinhaltung von Parteitagsbeschlüssen zur Normalität der Opposition wurde.

\* Gegenveranstaltungen zur LLL-Veranstaltung des Parteivorstands organisiert werden.

\* Trotz des Beschlusses des 21. Parteitags, „die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten ‚kommunistischen Netzwerk‘ in der DKP zu beteiligen“, im Vorfeld des UZ-Pressesefests eine Unterschriftensammlung unter den offenen Brief des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ begonnen wurde.

\* Trotz der vorhergehenden Aufforderung des Parteivorstands, Provokationen beim Pressesfest nicht unterblieben (Wandzeitungsprojekt mit antikommunistischen Karikaturen, Auftritt der marxistischen Linken)

\* Dass der offene Brief des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ eine Absage an das Statut der DKP, an wesentliche Teile des Programms der DKP, sowie an die Beschlüsse des 20. und 21. Parteitags der DKP darstellt.

Das alles hat nichts mehr mit dem statutarischen Recht, „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln“, zu tun. Es ist vielmehr die Bildung einer Fraktion, d.h., wie es das Statut formuliert, einer „Gruppe mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen“.

Die Feststellung der 5. PV-Tagung wird auch dadurch bestätigt, dass:

\* mittlerweile zwei Bezirksvorstände der DKP (Südbayern und Rheinland-Pfalz) durch Beschlüsse festhalten, dass sie den Parteitagsbeschluss zur Kandidatur der DKP bei den Bundestagswahlen nicht nur nicht umsetzen, sondern mehr oder minder offen zur Wahl einer anderen Partei (PDL) aufrufen.

Damit wird auch folgende Feststellung der 5. PV-Tagung bestätigt:

„Unser Prinzip heißt: Breiteste innerparteiliche Debatte um Inhalte und in Vorbereitung von Beschlüssen zum Eingreifen der Partei. Und dann: Gemeinsames Handeln, auch dann, wenn Beschlüsse nur mit Mehrheit gefasst werden. Das ist wahrlich kein Prinzip, das mit irgendeiner Deformation zu tun hat. Das ist ein Prinzip, was den meisten Organisationen eigen ist, vom sprichwörtlichen Taubenzüchterverein, bis zur kommunistischen Partei. Dieses Prinzip wird nun von Genossinnen und Genossen, von Gliederungen der Partei bewusst gebrochen. Das ist nicht hinnehmbar, das ist nicht mehr in der Diskussion zu überwinden.“

## Alternativantrag zur Parteiauseinandersetzung

**Antragsteller: Lothar Geisler**

1. Der Parteivorstand der DKP hält den von Hans-Peter Brenner, Patrik Köbele und Wera Richter eingebrachten Antrag für ungeeignet, die Partei aus der Krise zu führen und lehnt ihn in allen drei ausgeführten Punkten ab.

(abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

2. Der Parteivorstand lädt die Sekretariate aller Bezirksvorstände zu einer außerordentlichen Klausurtagung des Parteivorstandes im Frühjahr 2017 ein.

Inhalt und Zielstellung: Die gemeinsame inhaltliche Vorbereitung des 22. Parteitages und Klärung der Fragen: 1. Können wir zu solidarischer Diskussion strittiger Fragen und gemeinsamem Handeln zurückfinden? Wenn ja, wie und auf welchen Politikfeldern? 2. Ist die Politik gegenseitiger Provokation und Blockaden zu überwinden? Wenn ja, wie? 3. Ist eine Spaltung der Partei zu vermeiden? Wenn ja, wie?

(Abstimmung, die ersten beiden Zeilen ohne die Bestimmung von „Inhalt und Zielstellung“ in den Antrag der Vorsitzenden zu integrieren: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

### **Begründung erfolgte mündlich, sinngemäß wie folgt:**

- Unsere Position in Recklinghausen ist bekannt. Wie wenig ich von dem Antrag Brenner/Köbele/Richter halte, ist in meiner ersten spontanen Kommentierung (die ja an die PV-Mitglieder mitverschickt wurde) zum Ausdruck gebracht. Darum hier ein paar zusätzliche Gründe für meinen Antrag.
- Der Auftrag, den uns der Parteitag zur Organisation einer Diskussion in der Partei und mit der Minderheit erteilt hat, ist m.E. noch nicht ausreichend umgesetzt. Es gibt keinen objektiven Zeit- und Entscheidungsdruck. Den machen wir uns selbst, oder werden getrieben. Wir sollten uns aber von niemandem treiben lassen und den Gesprächsfaden mit der Minderheit wieder aufnehmen.
- Ausgerechnet die Beschlussverbindlichkeit zur Eigenkandidatur bei der Bundestagswahl 2017 zur „Sollbruchstelle“ zu machen, ist – aus Sicht der Befürworter wie der Kritiker! – rational nicht nachvollziehbar. Denn was wir auch tun, hat keinerlei Einfluss auf das Wahlergebnis! Ist es uns das wert, hier die Spaltung der Partei zu riskieren oder den Verlust wertvoller Mitglieder?
- Es geht nicht nur um 200/300 (höchst unterschiedliche!) UnterzeichnerInnen des „Offenen Briefes“, denen wir quasi die „Exkommunikation“ androhen. (Nichts anderes sind Bezirksauflösungen und Unvereinbarkeitsbeschlüsse.) Nur zur Erinnerung: eine qualifizierte Minderheit von ca. 1/3 der Parteitagsdelegierten hat den Weg „organisationspolitischer Maßnahmen“ grundsätzlich abgelehnt. Wir Recklinghäuser waren dabei und bleiben dabei.
- In der jüngeren Vergangenheit haben wir ähnlich komplizierte Situationen anders gelöst, als mit „organisationspolitischen Maßnahmen“. Beispiel 1.) Bei der Kröll/Rosenberg/Brenner-Fraktion mit ihrem eigenen Organ „Nordbayrischer Landbote“ und ihrem abgestimmten Auftreten im PV. Wenn wir damals so reagiert hätten wie heute, säßen Hans-Peter Brenner und andere nicht da, wo er jetzt sitzt. Beispiel 2.) Beim „Rotfuchs“, der ja anfangs als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost versucht hat, bundesweit gegen die damalige Mehrheitslinie zu agieren. Auch da haben wir in vielen Gesprächen die Kuh anders vom Eis geholt. (Herausgeberschaft durch Förderverein.) Warum suchen wir in dringlicher Lage heute nicht einen anderen Ausweg? Das sollten wir gemeinsam mit der Minderheit ausloten.

# Konzeption Kandidatur der DKP bei den Bundestagswahlen 2017

## 1. Allgemein

Die DKP hat auf ihrem 21. Parteitag im November 2015 beschlossen, um eine flächendeckende Kandidatur der DKP bei den Bundestagswahlen 2017 mit Landeslisten zu kämpfen. In Umsetzung dieses Beschlusses stellt die Partei momentan in allen Bundesländern Landeslisten auf. Ausnahmen bilden die Bezirke Saarland und Rheinland-Pfalz.

Die Delegierten beschlossen ebenfalls, dass dieser Beschluss „zu einem geeigneten Zeitpunkt vor den Bundestagswahlen ausgehend von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen in der Partei Die Linke noch einmal überprüft“ werden solle. Diese Prüfung findet laut Beschluss der 3. PV-Tagung nach Aufstellung der Landeslisten im 1.Quartal 2017 statt.

Mit dieser Konzeption legen wir einen Rahmen für die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfes, unsere Zielstellung, die Linie in der Agitation und für die Öffentlichkeitsarbeit und die Zeitplanung fest. Für die Konkretisierung wählen wir eine Wahlkampfleitung.

## 2. Inhaltliche Ausrichtung – Frieden, Arbeit Solidarität

Die anhaltende ökonomische Krise der imperialistischen Zentren, deren Ausbruch nur durch massive staatsmonopolistische Eingriffe zur Rettung von Banken in Deutschland und der EU hinausgezögert werden konnte, führt zur Verschärfung und Vertiefung der Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse und anderer antimonopolistischer Klassen und Schichten durch die ökonomisch absolut dominierenden Teile der Bourgeoisie – der Monopolbourgeoisie.

Auch der Krieg in Syrien mit deutscher Beteiligung, die wachsende NATO-Aggression gegen Russland, der Aufstieg der Alternative für Deutschland als Scharnier zwischen faschistischem und bürgerlichem Lager und Debatten um die Innere Sicherheit, u. a. um den Bundeswehreininsatz im Inneren, haben die Analyse des 21. Parteitages von der wachsenden Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen brutal bestätigt. Durch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wurden neue Spaltungslinien in der Arbeiterklasse gezogen. Die AfD erfüllt ihren Zweck und lenkt mit Erfolg von den wahren Verursachern der sozialen Angriffe und der Flucht von Millionen Menschen ab.

Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sind, wie wir es im Leitantrag formuliert haben, auf diese Situation nicht vorbereitet. Im Gegenteil. Der Wahlerfolg der AfD zeigt, wie anfällig Teile der Arbeiterklasse für die Ablenkungsmanöver der Herrschenden sind. Und er zeigt gleichzeitig unsere Schwäche, die Werktätigen und andere antimonopolistische Schichten und Klassen gegen die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals zu richten, von denen die größte Gefahr für Frieden, für soziale und demokratische Rechte ausgeht. Das ist unsere Aufgabe im Wahlkampf.

Die auf dem 21. Parteitag beschlossene Ausrichtung des Wahlkampfes „gegen Krieg und Faschismus“ muss verbunden werden mit dem Kampf um die unmittelbaren sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Das ist auch die Ausrichtung unseres Sofortprogramms „Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum! Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft! Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!“ Es bildet die inhaltliche Grundlage unseres Wahlkampfes.

Wir konzentrieren uns auf die Schwerpunkte Arbeit und soziale Rechte, Frieden und Demokratie, Solidarität statt Ausgrenzung. Es gilt, zu diesen Schwerpunkten Forderungen entwickeln, die die Arbeiterklasse insgesamt betreffen und geeignet sind, Widerstand zu mobilisieren und damit massenwirksam sind – zum Beispiel zur Renten- und Gesundheitspolitik. Es gilt, verständliche und mobilisierende Forderungen und Claims (Mottos) zu entwickeln, die die Verursacher in den Blick nehmen. Wir machen klar, in wessen Interesse die Angriffe gegen die Arbeiterklasse und andere Bevölkerungsschichten stattfinden und gegen wen unsere Forderungen durchgesetzt werden müssen, nämlich gegen die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des transnational agierenden Monopolkapitals. Unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Lage, der politischen Stellung und dem Bewusstseinsstand in Ostdeutschland werden zudem spezifische Forderungen erhoben, die die Verteidigung des antifaschistischen Erbes der Deutschen Demokratischen Republik einschließen.

**Forderungen und Positionen entwickeln wir zu folgenden Unterpunkten:**

## **Arbeit und soziale Rechte**

- \* Für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- \* Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- \* Weg mit Hartz IV – Für eine menschenwürdige Unterstützung von Erwerbslosen
- \* Für das Verbot von Leiharbeit und die Erhöhung des Mindestlohns auf mind. 12 Euro
- \* Für mehr Personal und Geld im Gesundheitswesen
- \* Für bezahlbaren Wohnraum
- \* Gegen die Spar- bzw. Verarmungspolitik der Städte und Kommunen
- \* Gegen eine Rentenpolitik, die Altersarmut als Ergebnis hat, und die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters
- \* Schluss mit der Privatisierung der Altersvorsorge, die Unternehmen müssen zahlen
- \* Gegen die Wirtschafts-NATO TTIP und CETA
- \* Keinen Cent den Banken
- \* Fluchtverursacher zur Kasse: die Reichen sollen zahlen (Millionärssteuer)!

## **Frieden & Demokratie**

- \* Gegen die Kriegspolitik der NATO und die Einkreisungspolitik gegen Russland und China
- \* Gegen die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Aggressionen. Stopp aller Auslandseinsätze
- \* Gegen die Stationierung und Modernisierung von Atomwaffen in Deutschland und Europa
- \* Für Frieden mit Russland
- \* Rüstungsexporte stoppen
- \* Gegen den Umbau des Staates hin zu einem reaktionären Sicherheitsstaat, insbesondere gegen den Bundeswehreinsatz im Innern
- \* Gegen Militarisierung u.a. durch Werbeeinsätze der Bundeswehr in Arbeitsämtern, Schulen und Universitäten
- \* Gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung! Für Abrüstung zur Finanzierung unserer sozialen Forderungen

## **Solidarität statt Ausgrenzung – Gemeinsam kämpfen!**

- \* Gegen die Strategie des Klassegegners, mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik den nächsten Angriff nach der Agenda 2010 durchzuführen
- \* Imperialistische Kriege als Hauptursache für Flucht und die NATO als Hauptfluchtverursacher benennen
- \* Für Klassensolidarität: Die politische und soziale Gleichstellung von Migranten und Flüchtlingen ist unsere Antwort auf Neofaschismus und Rassismus

## **3. Zielstellung**

Politisch nutzen wir den Wahlkampf, um Widerstand in diesem Land zusammenzuführen und zu stärken. Wir gehen im Wahlkampf mit unseren Positionen offensiv an die Massen, klären über die politischen Zusammenhänge und die Verursacher von Sozialabbau, Ausgrenzung und Rassismus und imperialistischen Kriegen auf und entwickeln so Klassenbewusstsein.

Wir tragen dazu bei, dass sich mehr Menschen aktiv für ihre Interessen einsetzen und dass sich antimonopolistische Kräfte formieren. Wir vermitteln also nicht, dass das Kreuz auf dem Wahlzettel allein etwas bewirkt, sondern dass wir für unsere Rechte kämpfen müssen.

Wir vermitteln, dass es uns KommunistInnen ernst ist mit dem Kampf um das Teewasser und dass die DKP ein Ort für diesen Kampf ist. Heute ist das Wissen und die Erfahrung darüber, was Kommunisten sind, wofür sie stehen und was sie wollen, nur noch rudimentär. Wir nutzen den Wahlkampf, um das zu ändern. Auf unseren Öffentlichkeitsmaterialien nutzen wir den Slogan „Wählt Kommunisten!“

So undemokratisch der Zwang, Unterstützungsunterschriften zu sammeln, ist, so sehr wird er uns bei dieser Diskussionsoffensive rund um unser Sofortprogramm helfen.

Organisationspolitisch nutzen wir den Wahlkampf, um die DKP und ihre Zeitung, die UZ, zu stärken. Wir tun das in Übereinstimmung mit der Handlungsorientierung des 21. Parteitages in folgenden Feldern:

## \* Aktions- und Handlungsfähigkeit

Wir nutzen den Wahlkampf, um insbesondere die Bezirks- und Gruppenstrukturen zu stärken, neue Sympathisanten und Mitglieder zu gewinnen und unsere Zeitung, die UZ, bekannter zu machen. Dazu organisieren wir

\* in den Gruppen

- die Unterschriftensammlung
- gezieltes Ansprechen von Sympathisanten und Bündnispartnern für Unterschriften, aber auch als Wahlhelfer
- das Gewinnen von UZ-Probe-AbonentInnen bei denen, die eine Unterstützungsunterschrift leisten
- Infostände und das Hängen von Wahlplakaten
- mindestens eine Aktion oder öffentliche Wahlkampfveranstaltung
- eine Verteil-Aktion vor einem Betrieb

\* in den Bezirken und Landesorganisationen

- Ratschläge/Aktivtagungen zum Bundestagswahlkampf
- Bildung von Wahlkampfkollektiven zur Unterstützung der Kreise und Gruppen
- Diskussion, in welchen Städten ohne DKP-Gliederung Unterschriften gesammelt und Plakate gehängt werden
- einen landesweiten Aktionstag

\* bundesweit

- Aktionstag in Büchel
- Beteiligung an den Protesten gegen den G-20-Gipfel in Hamburg
- wir prüfen, ob es möglich ist, in Zusammenarbeit mit der SDAJ einen Antimil-Truck durch Deutschland als Gegenkonzept zur Bundeswehragitation zu organisieren

Wichtige Daten im Wahlkampf, die wir auch zentral Materialien unterstützen, sind der Internationale Frauentag am 8. März, der 1. Mai und der 8. Mai.

Wir wissen um die Unterschiedlichkeit der Gruppen und die Schwierigkeiten, eigenständige Aktionen durchzuführen. Deshalb geben wir möglichst große Hilfestellungen in der Öffentlichkeitsarbeit und durch Leitfäden. Darin geben wir Tipps und Hinweise unter anderem für

\* Outingaktionen zum Beispiel von KandidatInnen, die für Kriegseinsätze, Rentenkürzungen etc. gestimmt haben

\* Protestaktionen gegen die Bundeswehr, Blockaden von NATO-Stützpunkten,

\* attraktive Infostände mit dem roten Friedensticker, Antikriegs-Quiz oder einer Fotobox: „Ich unterschreibe/sammele für die DKP, weil ...“

\* Veranstaltungen mit Materialsammlungen und Referentenlisten zu den zentralen Wahlkampfthemen (Frieden/Antifaschismus/Gesundheit/Rente etc.)

\* das Erstellen von Nachbarschaftsbriefen, Kandidatenvorstellungen, Flugblatt-Texten und Pressemitteilungen

\* das Auftreten unserer Kandidatinnen und Kandidaten (Kandidatentreff)

In der Auswertung bilanzieren die Gruppen, Kreise und Bezirke, welche Aktivitäten sie wo und mit welchem Erfolg durchgeführt haben und halten abrechenbare Ergebnisse fest (Unterschriften, UZ-AbonentInnen, Gewinnung von Sympathisanten, neue Mitglieder).

## \* Öffentlichkeitsarbeit

Hauptaugenmerk der zentralen Öffentlichkeitsarbeit ist es, die Bezirke und Grundgliederungen in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Dabei geht es einerseits darum Materialien wie Flyer, Plakate etc. zentral zur Verfügung zu stellen. Andererseits geht es darum, den Gliederungen zu helfen, eigene Flugblätter, Nachbarschaftsbriefe, Plakate mit Vorstellung ihrer KandidatInnen-, Flyer mit regionalen Schwerpunkten und Internetauftritte zu erstellen und zu pflegen. Hierzu werden Vorlagen, Webseiten-Templates etc. zur Verfügung gestellt und es wird eine (oder mehrere) zentrale Schulung angeboten, wo unter anderem das Erstellen von Flugblatt-Texten und Pressemitteilungen vermittelt wird.

### \* **Betrieb & Gewerkschaft**

Wir wollen die Beschlusslage des 21. Parteitages mit unseren friedenspolitischen Forderungen stärker in Betriebe und Belegschaften zu kommen, im Wahlkampf angehen und dafür ein Material erarbeiten. Alle Gruppen sind aufgefordert, mindestens eine Verteilaktion vor einem Betrieb durchzuführen.

Zusätzlich wird es ein Material für die Verteilung vor Kliniken zur Personalbemessung geben.

### \* **Jugendarbeit**

Die SDAJ ist nicht unsere Hilfstruppe für den Wahlkampf. Wir sehen aber im Wahlkampf eine Möglichkeit, um die SDAJ zu unterstützen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Für gemeinsame Aktivitäten bietet sich vor allem die Stop-Wars-Kampagne der SDAJ an. Wir wollen außerdem helfen, SDAJ-Positionen in Städten zu verbreiten, wo es keine SDAJ-Gruppen gibt. Dazu eignet sich vor allem das Magazin der SDAJ, die Position. Die DKP-Gruppen diskutieren über die regelmäßige Abnahme der Position und weiterer Materialien der SDAJ für ihre Infotische. Die Jugendkommission des Parteivorstandes erstellt ein entsprechendes Angebot.

Die DKP lädt die SDAJ in der Vorbereitungsphase des Wahlkampfes zu Beratungen auf Landes- bzw. Kreis- und Gruppenebene ein, um über die Mobilisierung zum Festival der Jugend und gemeinsame Aktivitäten im Wahlkampf zu diskutieren. Ideen sind die Gründung von Jungwähler-Initiativen oder das Fortführen der Outingaktionen der SDAJ-Antimilkkampagne gegen Kriegstreiber-Bundestagsabgeordnete.

### \* **Aufbau Ost**

Es ist gelungen in allen ostdeutschen Bundesländern Landeslisten aufzustellen. Der Wahlkampf bietet uns die Möglichkeit, die DKP im Osten real zu stärken, weil wir mehr Menschen über ihre Existenz und Positionen informieren können. Gleichzeitig ist klar, dass der Wahlkampf und die Sammlung der Unterstützerunterschriften in den ostdeutschen Ländern durch unsere noch zu schwachen Strukturen besonders schwierig wird.

Die Wahlkampfleitung steht in der Verantwortung, organisatorische Unterstützung zu organisieren und in Zusammenarbeit mit den GenossInnen spezielle Materialien zu erarbeiten mit einem klaren Bekenntnis zur DDR als Gütesiegel für Frieden, Antifaschismus und sozialen Fortschritt. Dabei geht es nicht um eine Rückschau, sondern um die Propagierung des Sozialismus als Zukunftsmodell.

Wir suchen das Gespräch mit der jungen Welt und dem Rotfuchs-Förderverein über die Unterstützung unserer Kandidatur.

### \* **Arbeit mit MigrantInnen**

Wir nutzen den Wahlkampf, um unserem Slogan „Gemeinsam kämpfen!“ ein Stück näher zu kommen und suchen in der Aktion den Schulterschluss mit MigrantInnen und Flüchtlingen. Chancen dazu gibt es vor allem in der Frage von Krieg und Frieden. Denkbar sind Tribunale oder Antikriegsveranstaltungen mit Flüchtlingen unter dem Motto „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, gemeinsame Verteilaktionen an Rüstungsstandorten, Willkommensfeste und eine gemeinsame Blockade in Büchel.

## **4. Unterschriftensammlung**

Wenn wir die nötigen Unterstützerunterschriften in den einzelnen Ländern nicht zusammen bekommen, können wir dort nicht kandidieren. Wir begreifen die Unterschriftensammlung als politischen Bestandteil unseres Wahlkampfes, in dem wir mit Tausenden ins Gespräch über die Gründe der Kandidatur der DKP kommen. Wir nutzen die Phase der Unterschriftensammlung außerdem für eine Offensive in der Werbung für die UZ. Dazu bieten wir denjenigen, die eine Unterschrift leisten, ein kostenloses dreiwöchiges Probe-Abo an.

Wir müssen überall um die Unterschriften kämpfen. Wir gehen aber davon aus, dass NRW, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg, Berlin und Brandenburg eigenständig in der Lage sind, die Unterschriften zu sammeln. Die GenossInnen in den anderen Ländern brauchen Hilfe. Wir orientieren darauf, die Sammlung in den genannten Ländern so schnell wie möglich abzuschließen, um Ressourcen für die Hilfe in ande-

ren Ländern frei zu bekommen. Wir rufen GenossInnen und SympathisantInnen auf, Urlaubstage zu spenden. Die Spendenempfehlung liegt bei drei Tagen für Berufstätige und einer Woche für Erwerbslose und RentnerInnen. Für die Sammlung werden zentrale Aktionstage organisiert.

Die Gruppen diskutieren über Zielstellungen bei der Unterschriftensammlung. Gleichzeitig brechen die Bezirke die zu sammelnde Anzahl von Unterschriften auf Kreise und Gruppen runter, um eine Orientierung für die Größenordnungen zu haben.

Wir dokumentieren, wo wir wie viele Unterschriften mit welchen Aktionsformen sammeln und mit welcher Art der Agitationsarbeit wir Erfolg erzielen, um daraus Schlüsse für den heißen Wahlkampf zu ziehen.

## **5. Öffentlichkeitsarbeit**

### **\* Printmaterial**

Printmaterialien sind für die Partei immer noch das entscheidende Medium für die Agitation, weil es vor allem eng verbunden ist mit der erfolgreichsten Agitationsform der Partei: dem Infotisch. Wir setzen auf einen Mix aus Sofortprogramm, Faltblättern, Aufklebern und Postkarten, zum Beispiel mit WANTED-Motiv (Wer kennt Kapitalist XY? Gesucht wird der Ausbeutungsprofiteur XY).

Basis für die zentrale Wahlkampfprogrammatik ist das Sofortprogramm. Es wird um folgende Punkte ergänzt und überarbeitet:

- \* Vorwort zu den Bundestagswahlen und den zur Wahl stehenden Parteien, unserem Verhältnis zu Wahlen/Parlamentarismus und der Eigenkandidatur der DKP
- \* Ergänzung um wichtige Themenfelder wie Rente, Gesundheitspolitik, TTIP/CETA
- \* Korrekturen von Daten und Zahlen
- \* Abbinder mit Handlungsorientierung/Was tun, wenn man den Kommunisten in ihrer Argumentation folgt?

Das überarbeitete Sofortprogramm muss in der heißen Wahlkampfphase vorliegen. Es erscheint zum 1. Mai.

Neben dem Sofortprogramm gibt es einen allgemeinen Wahlflyer (Warum kandidiert die DKP zur Bundestagswahl? Was sind ihre Hauptforderungen?) und wenige zusätzliche Themenflyer zum Beispiel zur Rentenpolitik oder zum Gesundheitswesen. Forderungen zur Frauenpolitik sind Bestandteil dieser Materialien.

Der erste allgemeine Wahlflyer „Arbeit, Frieden, Sozialismus – Drei gute Gründe für die Kandidatur der DKP“ liegt am LL-Wochenende zur Unterschriftensammlung vor. Er wird in einer zweiten Auflage in Massenproduktion produziert.

Neben den Wahlkampfmaterialien nutzen wir die UZ im Wahlkampf. Mit der Redaktion überlegen wir über Formate, die den Wahlkampf begleiten (Kandidaten-, Material-, Unterstützer-Vorstellung, Serie „Die DKP kandidiert, weil ...“, Reportagen von Wahlkampfeinsätzen, Serie über die bürgerlichen Parteien und ihre Wahlkämpfe etc). In der heißen Phase erscheint eine UZ-Extra als Massenmaterial, die sich unter anderem mit der AfD und der Perspektive rot-rot-grüner Regierungen befasst. Zu prüfen ist, ob eine regionale Ausdifferenzierung, zum Beispiel mit jeweils einem Druckbogen zu Kandidatenvorstellung der Länder machbar ist. Eine Alternative hierzu können auch Extra-Einleger für die Wahlflyer sein, in der die KandidatInnen beworben werden.

Den Gliederungen werden bedruckte Plakatpappen in A1 zur Verfügung gestellt.

### **\* Internet**

Auf bundesweiter Ebene wird der Versuch gestartet, mittels einer Kampagnen-Microsite, die zeitlich befristet online ist, Interessierte (vor allem Menschen, die uns nicht kennen) gezielt mit unserer Bundestagswahl agitation anzusprechen. Eine solche Seite dient nicht unbedingt der Vertiefung und Ausweitung, sondern soll kompakt unsere Standpunkte zu den Bundestagswahlen vermitteln und ggf. mit Animationen/Videos zugänglicher machen.

Wir nutzen die heiße Wahlkampfphase, um einen eigenen Facebook-Auftritt als DKP zu installieren. Die Erfahrungen mit der Pressefestseite haben gezeigt, dass dies einerseits Sinn macht, andererseits aber auch eine Redaktion zur Verfügung stehen muss bzw. ein redaktioneller Output, der gezielter unsere Wahlhalte vermittelt. Hier spielt die Pressearbeit eine entscheidende Rolle.

Die zentrale Aufgabe ist es, jeder Grundgliederung die Möglichkeit zu bieten, eine eigene Internetseite einzurichten auf Grundlage eines Templates (mit entsprechend begrenzten Möglichkeiten), ohne über weitergehende Programmierkenntnisse zur verfügen, auf CMS-Basis (Redaktionssystem zur Einpflege eigener Texte oder Bilder). Neben der Template-Erstellung ist auch hier eine Grundschulung in Seminarform notwendig. Wie bei den Flugblattvorlagen ist auch hier die Erstellung einer schriftlichen Handreichung sinnvoll, muss aber in Hinblick auf personelle Kapazitäten geprüft werden.

Wir nutzen den Wahlomat und dort, wo DirektkandidatInnen der DKP aufgestellt werden, auch den Abgeordnetenwatch.

#### **\* Pressearbeit**

Mit unserem Pressesprecher sind die Möglichkeiten in der Pressearbeit, aber auch die Anforderungen zum Beispiel durch Anfragen an den Pressesprecher deutlich gewachsen. Im Wahlkampf wollen wir mindestens wöchentlich entlang der inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf aktuelle Geschehnisse eingehen. Aufgrund der positiven Erfahrungen bei Videoaufnahmen im LowBudget-Bereich prüfen wir auch, ob Presseerklärungen bzw. Statements per Video ausgegeben werden, um so einen sehr viel größeren Kreis anzusprechen. Sowohl Text- als auch Videocontent bildet den Löwenanteil für eine Facebook-Seite (ggf. dann ergänzt durch einen youTube-Channel).

Weitere Punkte der Pressearbeit sind Anzeigenschaltungen vor allem in der jW (+ wenn möglich ND, taz etc.) sowie die Erstellung eines Wahlwerbefilms.

Allen Gliederungen wird von zentraler Seite ein digitales Pressepaket mit Grafiken, Fotos, Textvorlagen etc. zur Verfügung gestellt.

### **6. Wahlkampfleitung**

Entscheidend für einen erfolgreichen Wahlkampf ist die Anleitung der Bezirke, Kreise und Gruppen. Anleitung bedeutet Hilfestellung durch Material, Leitfäden, Org-Newsletter, aber auch Kontrolle der Umsetzung (Unterschriften, Aktionstage etc). Hierfür brauchen wir Verantwortliche in den Bezirken und Grundorganisationen und einen Verteiler der Grundorganisationen.

Es wird eine Wahlkampfleitung gebildet, die die Anleitung im Zusammenspiel mit den PV-Mitgliedern, aber auch die Zusammenarbeit mit der UZ-Redaktion, news.dkp, dem Pressesprecher, dem Verantwortlichen für Öff-Arbeit und dem UZ-Shop (Versand der Wahlkampfmaterialien) koordiniert.

Gewählt wurden sieben Personen. Gesamtverantwortlich ist Genossin Wera Richter.

### **7. Finanzen**

Für Finanzbedarf und Finanzierung des Wahlkampfes wird eine Einzelkonzeption erstellt. Mit bedruckten Plakatpappen und einem Wahlvideo steigen die Kosten in die Höhe. Die Kosten für die Öffentlichkeitsmaterialien werden zum Teil auf die Bezirke/Grundorganisationen umgelegt.

Ziel ist eine Spendenkampagne, die nicht nur an die Mitglieder adressiert sein darf, sondern auch an Freunde und Bündnispartner. Start sollte das LL-Wochenende zum Beispiel mit einem Button „Gib uns 5! – Für Frieden, Arbeit Solidarität“ sein.

### **8. Zeitplan**

Wir unterteilen den Wahlkampf in drei Phasen, damit verschiedene Stufen der Arbeitsintensität und eine sinnvolle Prioritätensetzung möglich sind. Die Gliederungen und die Partei insgesamt müssen ihre Kräfte auf die Unterschriftensammlung und eine heiße Wahlkampfphase konzentrieren.

**Phase 1:**

Vorbereitung – Zeitraum: Dezember 2016 bis März 2017  
Beratung mit den Bezirken am 26./27. November  
Gespräche mit SDAJ, Kommunistischen Parteien mit dt. Sektionen, Bündnispartnern  
Schulungen in der Texterstellung, Internetseiteneinrichtung und der KandidatInnen  
Onlinegang von Gruppeninternetseiten  
Beratungen, Planung und Erstellung erster Wahlkampfmaterialien (Print)

**Phase 2:**

Unterschriftensammlung – Zeitraum: Januar 2017 bis Juni 2017  
Regionalberatung/Aktiventreffen  
Aktionstätigkeit der Gruppen im Rahmen der Unterschriftensammlung  
Erste Printmaterialien stehen zur Verfügung  
Pressearbeit wird aufgenommen  
Facebook/BTW-Microsite gehen online

**Phase 3:**

Wahlkampf: August/September 2017  
Aufhängen von Plakaten  
Veranstaltungen der Gruppen  
Landesweite Aktionstage  
intensive Pressearbeit  
Mobilisierung zu den Aktivitäten zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

Einen genaueren Fahrplan mit regelmäßigen Aktualisierungen erstellt die Wahlkampfleitung.

**(angenommen mit Mehrheit)**

---

**Prüfung der Landesmitgliederversammlung Schleswig-Holstein**

Der Parteivorstand sieht keinen Bedarf der Überprüfung der Landesmitgliederversammlung der DKP Schleswig-Holstein. Bezüglich des von Genossin Bettina Jürgensen geäußerten möglichen Prüfbedarfs beschließt der Parteivorstad Nichtbefassung.

(einstimmig angenommen)

Brief von Bettina Jürgensen siehe unten.

---

**DKP auf dem Festival der Jugend 2017**

Das Festival der Jugend 2017 läuft unter dem Motto „Zeit für Widerstand“ und wird vom 2. bis 5. Juni von der SDAJ im Jugendpark Köln ausgerichtet. Die DKP unterstützt das Festival der Jugend und sieht es als ihre Hauptaufgabe an, Jugendliche aus ihrem Umfeld für das Festival zu gewinnen. Damit verbunden ist auch das Ziel, die Partei zu stärken, indem die Grundorganisationen nach außen gehen und gezielt Jugendliche ansprechen.

**Rolle der DKP**

Damit sich das Publikum besser durchmischt, wird es keinen eigenen DKP-Bereich auf dem Platz geben. Die DKP-Runden werden auf die übrigen Zelte aufgeteilt und die offene Bühne als gemeinsames Projekt von DKP und SDAJ angegangen. Während die organisatorische und inhaltliche Unterstützung des Festivals durch die DKP in ähnlichem Umfang wie zuletzt gewünscht ist, sollen sich die Änderungen v.a. optisch auf dem Platz niederschlagen.

## **Mobilisierung**

Alle Grundorganisationen sind aufgerufen, in ihrem Umfeld für das Festival zu werben. Dafür strebt jeder DKP-Bezirk für das Frühjahr 2017 ein Treffen mit der SDAJ-Landesleitung zur Vorbereitung des Festivals an. Ziel sollten gemeinsame Verteilaktionen, gemeinsame Anreise etc. sein. Alle Grundorganisationen setzen sich daraufhin einerseits Ziele, welche Jugendlichen aus ihrem Umfeld sie für das Festival gewinnen wollen, und andererseits Ziele für Verteilaktionen. Dort, wo es vor Ort keine SDAJ-Gruppe gibt, organisiert die DKP in Absprache mit der SDAJ die gemeinsame Anreise mit den Jugendlichen. Vor Ort organisieren die GenossInnen der DKP, dass der Kontakt zwischen den Jugendlichen, die sie mobilisiert haben, und den entsprechenden SDAJ-Strukturen hergestellt wird.

Die Jugendkommission stellt mit Hilfe der SDAJ Mobi-Pakete für die Gruppen zur Verfügung. Dazu gehört eine Info-Mail mit Anzeigen für Kleinzeitungen, einem Video & Info-Text zum Festival für Mobi-Veranstaltungen. Darüber hinaus werden erste Werbematerialien (v.a. Flyer) über die Bezirke in die Gruppen gegeben. Die Gruppen/Kreise können weitere Materialien (Flyer, Sticker, Plakate) über den UZ-Shop bestellen.

## **Organisatorische Unterstützung**

Die DKP stellt in Absprache mit der SDAJ zentral Helfer für Infrastruktur, Technik, Sicherheit, Auf- & Abbau bereit und übernimmt ggf. weitere Helferschichten. Wir übernehmen einen Teil der Essensversorgung auf dem Platz, konkret einen Grill- und Pommesstand (Ruhr-Westfalen), das Café K mit Kaffee & Kuchen, Reibekuchen, Wein, etc. (Rheinland) und ein veganes Angebot (PV). Zentrale Anlaufstelle der Partei wird darüber hinaus ein Info- & UZ-Stand inklusive Antiquariat sein.

## **Finanzielles**

Die DKP unterstützt das Festival der Jugend wie beim letzten Mal mit 3.000 Euro, die durch gezielte Spenden eingeworben werden. Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz werden Spendenbuttons an alle Bezirke ausgegeben, damit diese in den Grundorganisationen verkauft werden können. Darüber hinaus wird von der SDAJ zwischen dem 15. Januar und dem 15. Februar eine große Spendensammlung in Form einer sogenannten „Crowdfunding-Kampagne“ für die Finanzierung der Konzerte durchgeführt, für die die DKP vor allem über ihre Kanäle im Internet wirbt.

## **Inhaltliches Programm**

Die DKP übernimmt vier Diskussionsrunden auf dem Festival der Jugend. Übergreifende Zielstellung ist es, aktuelle Orientierungen nachvollziehbar darzustellen und die Partei als aktionsorientiert und kämpferisch zu präsentieren. Rundenvorschläge:

### **Theorie/Erste Ideen:**

- \* Wandel der Arbeiterklasse (Zusammensetzung, Digitalisierung, etc.)
- \* Was für eine Gesellschaft brauchen wir? Was ist Sozialismus? Weshalb ist der Sozialismus in der Lage, die drängendsten Probleme der Menschheit zu lösen?

### **Betrieb- & Gewerkschaftspolitik/Erste Ideen:**

Diskussionsrunde zu Personalmangel in Krankenhäusern und Widerstandsmöglichkeiten

### **Bundestagswahl/Erste Ideen:**

Einschätzung der AfD und wie sie zu bekämpfen ist; Vorstellen der Ziele & Inhalte, mit denen die DKP zur Wahl antritt. Als Expertengespräch mit provokativen Fragen.

### **Eintrittsrunde/Erste Ideen:**

Vorstellen der Rolle & Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei. Erklären, weshalb es sich für Jugendliche lohnt, bei der DKP mitzumachen. Raum für Fragen der Teilnehmer

## **Kulturprogramm**

Gemeinsam mit der SDAJ gestalten wir eine offene Bühne, auf der den Tag über, mindestens aber zur Mittagszeit Programm geboten wird. Hierfür werden in erster Linie musikalische Beiträge von Kleinkünstlern eingeplant, denkbar sind aber auch Kreativworkshops, Kabarett, o.ä. Das Programm sollte sich in erster Linie an den Interessen Jugendlicher orientieren.

Da die Naturfreundejugend dieses Mal nicht im gleichen Maße auf das Festival der Jugend orientiert, muss ein Teil des Kulturprogramms anders als beim letzten Mal abgedeckt werden. Wir bieten der SDAJ daher an, einen Schminkbereich einzurichten und bei der Kinderbetreuung zu unterstützen.

### **Agitation**

Für die Agitation während des Festivals der Jugend erstellen UZ-Redaktion und Jugendkommission gemeinsam ein Agitationsmaterial zum Schwerpunkt Jugendpolitik und Bundestagswahlen. Für die Agitation mit dem Material werden Schichten eingeteilt, um so die geringere optische Präsenz der Partei systematisch auszugleichen. Darüberhinaus wird insbesondere mit UZ-Probeabos geworben. Zusätzlich werden gezielt Jugendliche für die Partei geworben.

**(einstimmig angenommen)**

---

## **Proteste gegen G20-Gipfel in Hamburg**

Der Parteivorstand unterstützt die Herangehensweise der DKP Hamburg in Vorbereitung der Proteste gegen den G20-Gipfel am 07./08. Juli 2017.

Parteivorstand und DKP Hamburg arbeiten nach ihren Möglichkeiten zusammen für eine bundesweite Mobilisierung, insbesondere für Gegengipfel und Gegendemonstration. Der Parteivorstand hilft bei der Erstellung von Öffentlichkeitsmaterial.

Der Parteivorstand ruft für die Gegendemonstration zu einem kommunistischen Block auf. Hierzu werden die mit uns zusammenarbeitenden Kommunistischen und Arbeiterparteien informiert.

Der Parteivorstand unterstützt die Suche nach geeigneten kommunistischen Referenten aus dem internationalen Bereich für den Gegengipfel.

**(einstimmig angenommen)**

### **Begründung:**

#### **Unsere Haltung zum G20-Gipfel in Hamburg**

Beschluss der 13. BV-Tagung der DKP Hamburg am 05.11.2016

Die G20-Staaten setzen sich aus den G8 (neuerdings den G7)-Staaten zusammen. Diese sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, (Russland) und die Vereinigten Staaten von Amerika, sowie die Europäische Union als Beobachter der Verhandlungen. Zu diesen G8-Staaten kommen in den G20 noch Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei dazu. Es handelt sich bei ihnen im Wesentlichen also um die G7 plus die BRICS-Staaten.

Die G7 wie auch die G20 inszenieren sich bei ihren Treffen als Weltregierung. Tatsächlich ist das Treffen der G7 das Gipfeltreffen der Regierungen der mächtigsten imperialistischen Staaten. Die G20 sind seit 2008 das Eingeständnis, dass ohne die Einbeziehung der BRICS-Staaten die Weltwirtschaft (ökonomische Ebene) nicht mehr reguliert werden kann.

Kern der Charakterisierung ist dabei, dass die Treffen der G20 den imperialistischen G7 dazu dienen, für ihre politischen, ökonomischen und militärischen Ziele diese Regierungen der stärksten sogenannten „Schwellenländer“ in ihre verbrecherische Politik einzubeziehen und sie damit auch stärker zu legitimieren. Dies Verhältnis ist allerdings voller Widersprüche. Die Staaten stehen, wie es unter kapitalistischen Bedingungen unvermeidlich ist, auch untereinander in Konkurrenz. Es ist ebenso Ziel der USA/NATO, die BRICS zu destabilisieren oder zu schwächen, um eine multipolare Welt (politische Ebene) zu verhindern. Ihre Vertreter treffen sich, um die durch die sich ständig verschiebenden Kräfteverhältnisse und Interessen entstehenden Konflikte auszutragen. Manche werden so entschärft, viele aber durch schmieden von Koalitionen bis hin zur Vorbereitung von Kriegen verschärft.

## **Wir als DKP-Hamburg sagen dazu und rufen alle Menschen auf: Stoppen wir gemeinsam den Gipfelwahnsinn in Hamburg!**

**Dazu argumentieren wir:**

### **1. Für dieses Treffen gibt es keine demokratische Legitimation**

Die dort versammelten Staats- und Regierungschefs entscheiden eigenmächtig, wer eingeladen wird und wer nicht. Die Ergebnisse solcher Treffen unterliegen keiner demokratischen Kontrolle, sollen aber auch für den Rest der Welt gelten.

Die Tendenz, jenseits demokratischer Legitimation in die Souveränität von Nationalstaaten einzugreifen, zeigte und zeigt sich auch beim Vorgehen der sogenannten Troika gegen Griechenland und in den Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien.

Auf ökonomischer Ebene wird durch Tausende von bilateralen und regionalen Investitionsabkommen die Wirtschafts- und Sozialpolitik zunehmend der demokratischen Kontrolle entzogen. Großen Konzernen stehen in diesem Rahmen immer mehr Möglichkeiten offen, aus national geregelter Recht zu „entfliehen“ und ihre Bedürfnisse der Profitvermehrung durch auf sie zugeschnittene Verträge zu erfüllen. Die aktuell anvisierten zukünftigen Abkommen wie CETA, TTIP, TISA, TPP sind ein weiterer gravierender Schritt in diese Richtung.

In diesem Gesamtpaket – G8/G20/Troika/Freihandel/Macht der Konzerne – spielen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung sowie eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft immer weniger eine Rolle.

### **2. NEIN zur Geldverschwendung!**

Alle Erfahrungen mit Treffen der G7-, G8- oder G20-Staaten haben bewiesen, dass solche Events Hunderte Millionen Euro Steuergelder verschlingen, die anders besser angelegt wären. Das Gipfeltreffen von Kanada in Toronto im Jahr 2010 sprengte mit seinem Etat für die Sicherheitsmaßnahmen jeglichen Rahmen.

1.000.000.000 Dollar (1 Milliarde Dollar) waren am Ende die Gesamtkosten. Davon entfielen ca. 900 Millionen Dollar für die „Sicherungsmaßnahmen“.

Wir brauchen das Geld gegen die Armut in der Stadt - für Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum - für gute Gesundheits- und Altersversorgung.

### **3. NEIN zur Drangsalierung der Hamburger Bevölkerung!**

2017 werden „mit Sicherheit“ auch in Hamburg Grund- und Bürgerrechte massiv eingeschränkt. Die versammelten Staatenlenker müssen massiv geschützt werden. Denn außerhalb ihrer Runde sind sie keineswegs besonders beliebt. Ihre Staaten sind – in unterschiedlichem Maß und in unterschiedlichen Konstellationen – verantwortlich für Hunger, Armut, Krieg und Umweltkatastrophen, unter denen die Menschen in den restlichen 173 Staaten der Welt zu leiden haben. Sie sind die Verursacher der aktuellen Flucht- und Wanderungsbewegungen. Deshalb hat es bei allen vorangegangenen Treffen heftige Proteste geben.

### **4. NEIN zu Überwachung und Militarisierung in Hamburg!**

Während die meisten solcher Treffen wie in Heiligendamm oder auf Schloss Elmau auf dem Lande leicht abzuschirmen waren, würde in Hamburg die ganze Innenstadt in eine Hochsicherheitszone verwandelt werden. Schon jetzt wurden mit der Neufassung des Gesetzes über die sogenannten Gefahrengelände erste Schritte eingeleitet. Dabei werden Ausweiskontrollen und Kameraüberwachung noch die mildesten Einschränkungen der Bürgerrechte sein. Die Stadt wird von schwerbewaffneten Einheiten besetzt werden. Die rassistischen Kontrollen im Bereich der Hamburger Hafenstrasse sowie die zu erwartenden Polizeiaktionen zum Gipfel der OSZE-Außenminister sind Vorbereitung und Testläufe für den Gipfel im Juli 2017.

### **5. Kein G20-Gipfel in Hamburg!**

Am Freitag, den 7. und Samstag, den 8. Juli 2017 soll der Gipfel der G20 genannten Staaten auf dem Gelände der Hamburger Messe stattfinden.

Dafür sollen dort Umbauten vorgenommen werden, um den Zugang zum Tagungsgelände zu sichern und steuern zu können. Der Hamburger Senat hat bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit allen Pla-

nungen befassen soll. Die Errichtung temporärer Bauten auf dem Rathausmarkt wurde verworfen, jedoch sind bisher u.a. Treffen im Rathaus sowie eine Hafensrundfahrt für die Regierungschefs vorgesehen. Die erfolgreichen Abstimmungen zur Rekommunalisierung der Netze, gegen die Musical-Seilbahn am Hafen und gegen Olympia in Hamburg haben gezeigt: die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung hat die Nase voll von der neoliberalen Politik für die Profiteure der großen Konzerne.

### **Konzentration der DKP-Hamburg bei den Protesten gegen den G20-Gipfel**

Wir unterstützen die Arbeit eines breiten Bündnisses gegen den G20 Gipfel. Angesichts der politischen Breite und Umfang der Gegenaktivitäten müssen wir uns dabei auf klar bestimmte eigene Aktivitäten konzentrieren. Abzusehen ist, dass es – wie bereits an anderen Orten – einen „Dreiklang“ aus Gegengipfel, Aktionstagen und Demonstration geben wird.

Die DKP sieht es als ihre Aufgabe an, zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften der Hamburger in der Hamburger Bevölkerung für das Bewusstsein zu werben, dass der G20-Gipfel unseren Interessen schadet und somit nicht in Hamburg stattfinden soll.

Dieses Bewusstsein wollen wir insbesondere durch Arbeit in den Stadtteilen entwickeln. Diese Arbeit muss von den Grundorganisationen der Bezirksorganisation getragen werden. Wir suchen dazu insbesondere die Zusammenarbeit mit der DIDF. Die Arbeit gegen den G20-Gipfel bildet einen Bestandteil unseres Wahlkampfes zum 19. Deutschen Bundestag.

Wir konzentrieren uns auf:

- Die Beteiligung an den wichtigsten Bündnistreffen
- Die Begleitung der Vorbereitung und Durchführung der Proteste mit regelmäßigen politischen Erklärungen
- Die Organisation kommunistischer prominenter Referenten für den Gegengipfel (vermutlich Mi/Do, 5./6. Juli 2017)
- Die Organisierung eines kommunistischen Blocks auf der Demonstration am 8. Juli

---

### **Treffen Europäischer Kommunistischer Parteien**

Zum Treffen Europäischer KPen mit dem Thema „100 Jahre seit der Großen Oktoberrevolution – Kapitalismus, Monopole, Europäische Union bringen nur Krisen, Kriege und Armut – Sozialismus ist zeitlos und notwendig“ am 23. Januar 2017 in Brüssel delegiert die DKP den Genossen Lars M.

**(einstimmig angenommen)**

---

### **Umgang mit Neuen Sozialen Medien**

Der Parteivorstand gibt unter Hinzuziehung von im Medienbereich erfahrenen Genossinnen und Genossen eine Handreichung zum Umgang mit neuen Sozialen Medien heraus, die in den Gruppen diskutiert wird.

Grundlage könnte die von der SDAJ herausgegebene Information zum Umgang mit Facebook sein.

Von Seiten der ZSK sind Elfriede H. und Bernd W. bereit, an der Erstellung mitzuarbeiten. Das Sekretariat wird beauftragt, der 7. PV-Tagung weitere Vorschläge vorzulegen.

**(einstimmig angenommen)**

---

### **Arbeitsgruppe Pressefest**

Zur Vorbereitung des 20.UZ-Pressefestes wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die in Auswertung der vorangegangenen Feste konzeptionelle Überlegungen für das 20. UZ-Pressefest anstellt. Ein Augenmerk soll darauf liegen, das Fest (noch) attraktiver für junge Menschen zu machen.

Aus dieser Arbeitsgruppe wird im Vorfeld des 20. UZ-Pressefestes eine deutlich kleinere Pressefest-Kommission gebildet, die für die Organisation des Festes verantwortlich sein wird.

Die Arbeitsgruppe 20. UZ-Pressfest wird verantwortlich von der Genossin Wera Richter geleitet. Technischer Leiter ist Genosse Ulrich Abczynski. Bestimmt wurden sieben weitere Genossinnen und Genossen.

Es werden zudem je ein/e Genosse/Genossin der Kreisorganisation Dortmund, der UZ-Redaktion und wenn möglich der SDAJ benannt.

(einstimmig angenommen)

---

## Weitere Materialien

### Brief von Genossin Bettina Jürgensen vom 8. Oktober 2016 an den Parteivorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der UZ vom 30.9.2016 wird mitgeteilt, dass die DKP Schleswig-Holstein als erstes Bundesland am 24.9.2016 eine Landesliste zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt hat. Ich bezweifle die korrekte Durchführung der Versammlung.

Ich kenne die Nachfrage von Christian Koberg und die Antwort von Wera wegen der Einladefrist, die lt. Statut und der vom PV verschickten Handreichung zur Bundestagswahl 6 Wochen beträgt und berücksichtigt werden muss.

Die Antwort vernachlässigt meiner Meinung nach die Fakten. Mit dem Hinweis auf die Kenntnis Christians zum Statut, wird die von Christian gestellte Frage nicht oder nur sehr ausweichend beantwortet. Fakt ist, dass in keiner Einladung zu der Bezirksmitgliederversammlung von einer „außerordentlichen BMV“ geschrieben wird – der Beschluss des Bezirksvorstands vom 28.5.16 (Anlage), die Einladung per E-Mail an alle Mitglieder vom 30.8.2016 (Anlage) und die Einladungen am 26.8.16 und 16.9.16 in der UZ nennen eine „Bezirksmitgliederversammlung Schleswig-Holstein“ als Grund der Zusammenkunft.

Zu keinem Zeitpunkt wurde zu einer „außerordentlichen BMV“ eingeladen.

Zudem gibt es keine Begründung für eine außerordentliche Versammlung. Eine Versammlung zur Bundestagswahl wäre nach dem Beschluss am 28.5.16 ohne weiteres möglich gewesen mit einer fristgerechten Einladung zum 24.9.16.

Für einen Beschluss zu den Landtagswahlen hat auch diese Einladung gereicht, da gilt nicht das Statut, sondern das SH-Wahlgesetz. Weil keine 50 Genoss\*innen anwesend waren, konnte dazu jedoch nicht rechtskräftig beschlossen werden.

Selbstverständlich ist eine Versammlung berechtigt, Beschlüsse zur Durchführung der Versammlung zu fassen, ob sie aber auch berechtigt ist, aus einer ordentlichen eine außerordentliche Versammlung zu machen, stelle ich in Frage. Denn immerhin können Mitglieder geneigt sein, zu einer außerordentlichen Versammlung zu kommen, deren Dringlichkeit aus der dann mitgeschickten Tagesordnung erkannt werden muss. Diese Mitglieder können nicht einfach „vernachlässigt“ werden.

Falsch ist die Äußerung von Wera, es wurden keine Zweifel zur (nicht)termingerechten Einladung geäußert. Leider wurde die letzte, vor der Konferenz geplante, Bezirksvorstandssitzung verschoben, auf einen Termin, zu dem ich nicht teilnehmen konnte. So konnte Christian erst einige Tage vor dem 24.9.16 darauf hinweisen, dass die Frist für die Einladung nicht eingehalten wurde. Ich bitte also darum, die korrekte Einladefrist noch einmal zu prüfen.

Vor allem fordere ich auf, die Einhaltung der gesetzlichen Wahlordnung des Bundestags zu prüfen. In der „DKP PV – Handreichung Bundestagswahl“ wird die Vorgehensweise zur Durchführung einer Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl beschrieben. Danach müssen als Anlage Erklärungen zur Aufstellung der Liste beigefügt werden. Diese sollen „an Eides“ von der Versammlungsleitung und von 2 Personen unterschrieben werden. Diese zwei Personen müssen von der Versammlung dazu bestimmt werden.

Es handelt sich um folgende Passagen, die unterzeichnet werden müssen:

„Seite 162 in der Handreichung:

Die Versammlung beauftragte

(Familiennamen und Vornamen von 2 Teilnehmern)

neben dem Leiter die Versicherung an Eides statt darüber abzugeben, dass die Anforderungen gemäß § 27 Abs. 5 i.V.m. § 21 Abs. 3 Satz 1 bis 3 des Bundeswahlgesetzes beachtet worden sind.

Seite 163 in der Handreichung:

Die von der Versammlung bestimmten 2 Teilnehmer“ .....

Während der Versammlung wurden von dieser keine Personen für Erklärungen und/oder Unterzeichnungen wie oben bezeichnet gewählt, bestimmt oder benannt.

Gewählt wurden auf der Versammlung mehrheitlich und in offener Abstimmung: die Vertrauensperson Florian H. und die stellvertretende Vertrauensperson Birgit L. für die Kandidat\*innen.

Es wurden zu keinem Zeitpunkt während der Versammlung zwei Genoss\*innen bestimmt, die an Eides statt das Protokoll o.ä. unterzeichnen sollen/können!

Richtig ist, dass einige Zeit nach dem Ende der Konferenz noch der Versuch einer Abstimmung folgte, als viele waren schon gegangen waren, andere packten noch ihre Sachen, ich habe auf auf eine Genossin gewartet, um sie zur Bahn zu fahren. Wozu weiß ich nicht, nur, dass ich äußerte, die Versammlung sei schon lange von Volker B. (Versammlungsleiter) beendet, eine Abstimmung über was auch immer, sei ohnehin nicht gültig.

Aus Sorge um das Ansehen meiner Partei, der DKP in Schleswig-Holstein, das durch eine nicht korrekt durchgeführte Wahlversammlung sowohl in der Mitgliedschaft und auch nach außen Schaden nehmen kann, möchte ich, dass der PV diesen Sachverhalt prüft. Schließlich kann eine mögliche meineidliche Erklärung und daraus resultierende Kandidatur negative Folgen für die DKP, aber auch für die unterzeichnenden Mitglieder haben.

Mit kommunistischem Gruß  
Bettina Jürgensen

---